Nr. 249 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Sonnabend, den 29. Oktober 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 10. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Diktatur bleibt Diktatur

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Warschau, den 27. Oktober 1927.

Kehrt man nach mehrwöchentlicher Abwesenheit nach Warschau zurück, so läßt sich gegenüber der damaligen Beurteilung des zukünftigen Verhältnisses zwischen der Regierung und der Polnischen Sozialistischen Partei ein wesentlicher Unterschied feststellen. Damals, vor mehreren Wochen, zweifelte niemand an der bedingungslos oppositionellen Haltung der PPS. und die letzten Beschlüsse der Gewerkschaften bestätigten, ebenso wie die eindeutige Sprache des „Robotnik“, diese Meinung. Der oppositionellen Haltung der Sozialisten entsprach damals die Haltung der Regierung. In der „Epoka“ und in dem „Glos Prawdy“ konnte man einmal übers andere lesen, daß die PPS. schwächer denn je, und ihre Opposition ignorabel sei, ihre Aufgabe im Volke ungehört verhallen. Dann kamen die Wahlen, und man begann in Regierungskreisen an der Hand der Wahlergebnisse, die bekanntlich den Sozialisten teils bedeutenden Stimmenzuwachs, teils keinerlei Stimmenverlust, den Listen der Regierung und der Rechtsparteien dagegen unmäßig wenig Mandate brachten, die politische Lage genauer zu betrachten. Die Regierung, so nimmt man an, dürfte erkannt haben, daß die PPS. als starker Machtfaktor, als einzige reale Partei keineswegs übersehen werden dürfe. Wie auf ein Kommando setzte in der dem Präsidium des Ministerrats unterstellten Presse ein Liebeswerben um die vor kurzem erst angepöbelten Sozialisten ein, die Anerkennung für die Wahlerfolge wurde ihnen nicht versagt, und der fromme Wunsch, diese Erfolge auch für die Regierung nutzbar zu machen, konnte zwischen den Zeilen deutlich herausgelesen werden. Mit anderen Worten: die Regierung forderte die PPS. auf, ihre Opposition aufzugeben und sich womöglich positiv zu Pilsudski und zur Regierung zu stellen

Diese Aufforderung der Regierung wird von manchen hiesigen Politikern bereits als Vorbote einer gewissen Annäherung zwischen der PPS. und Pilsudski gedeutet, und, was mit einiger Logik daraus folgt, als Zeichen für den Beginn eines neuen Kurses in der polnischen Innenpolitik genommen, denn so schlau sind auch diese Politiker, daß sie nicht glauben, die PPS. würde die gegenwärtige Politik der Regierung mitmachen oder auch nur unterstützen.

Auch im Auslande findet die Möglichkeit einer solchen Entwicklung ein nicht unfreundliches Echo. Man ist dort geneigt, den eventuellen Eintritt der Sozialisten in die Regierung, deren Richtlinien bisher allerlei inner- als auch außenpolitische Sprünge nicht ausschlossen, als eine Gewähr für die Aufrichtigkeit und Festigung der polnischen Friedenspolitik zu nehmen. Außenpolitisch wäre gegen eine solche Möglichkeit auch gar nichts einzuwenden. Innerpolitisch erscheint sie aber so ungeheuer, daß man sie ohne weiteres ablehnen muß. Abgesehen davon, daß es ein taktischer Fehler der PPS. wäre, ihre bisherigen Erfolge und das Wachsen ihres, im Mai vorigen Jahres erheblich gelittenen Ansehens, durch die Verbindung mit einem so unsicheren Bundesgenossen, wie es Pilsudski ist, auf das Spiel zu setzen, muß man sich bei Prüfung des gesamten Fragenkomplexes über eines klar werden: Es kann nicht Aufgabe noch Ziel der polnischen Sozialisten sein, die Person Pilsudskis, als politischen Diktator, zu unterstützen, ganz gleich, ob es sich hierbei, wie bisher, um eine reaktionär-konservativ-kapitalistische Diktatur, oder, wie man auf Grund der Fühlungnahme mit der PPS. annimmt, um eine linksgerichtete, oder gar, so paradox es auch klingen mag, um eine demokratische Diktatur handelt. Diktatur bleibt Diktatur, bleibt Aufzwingung des Willens eines einzelnen gegenüber dem ausdrücklichen Willen der großen Mehrheit. Niemand zweifelt heute daran, daß überall und in jeder Beziehung Pilsudskis und nur seine Befehle ausgeführt werden. Er allein regelt alle, aber auch alle Staatsgeschäfte, die Beschlüsse des Ministerrats sind nichts anderes, als die Billigung seiner Absichten und Pläne, und wenn, **wie es neulich passiert ist, eine hochgestellte, staatspolitische Persönlichkeit mit dem Führer einer wichtigen Partei eine längere Aussprache gehabt und ihn für die Regierung zu stimmen versucht hat,** so wird dies nicht ohne Veranlassung des Marschalls geschehen sein.

So konnten wir denn auch mit Befriedigung feststellen, daß jener Führer, der in seiner Partei bisher als einer der wenigen angesehen wurde, die es im Grunde ihres Herzen noch aus alter Anhänglichkeit zu Pilsudski hinzieht, durch diese Aussprache eines anderen Sinnes geworden ist. Ebenso werden innerhalb der PPS. auch diejenigen Persönlichkeiten, die bisher als rechter Flügel und für pilsudskifreundlich galten, die Lage überprüfen müssen, um sodann, wie es von der großen Mehrheit der Partei heute schon geschieht, den liebevollen Annäherungsversuchen unzweifelhaft abzuwinken. Sie werden dies um so einmütiger tun müssen, als sie sonst kraft ihres Ansehens im Auslande die gegenwärtige Regierung decken würden. Dies kann aber ein Sozialist heute mit gutem Gewissen nicht tun.

Th. L.

Entspannung in Rumänien

Eine Erklärung Bratianus — Vertrauensvotum für die Regierung

Bukarest. Die rumänische Kammer hat Donnerstag nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten Bratianu eine Vertrauenserklärung für die Regierung angenommen.

Ministerpräsident Bratianu stellte in seiner Rede fest, daß die Regierung eine Verschwörung aufgedeckt habe und daß die Justiz gegen die Verschwörer vorgehen werde. Jeder, der gegen die bestehende Thronordnung arbeitet, die durch den Verzicht Carols zustandegekommen sei, müsse als Staatsfeind gelten.

Das Wort nahm darauf der Abg. Maniu, der gegen die Verhaftung Manoilescus juristische Gründe vorbrachte und feststellte, daß Carol ausdrücklich erklärt habe, daß er kein Thronprätendent sei. Wohl aber dem Rufe des Landes folgen würde. Die Frage, ob Carol seinen Verzicht zurücknehmen solle oder nicht müsse im Parlament besprochen werden. Bratianu wandte sich scharf gegen die Erklärung Manius. Nach Beendigung der Debatte nahm die Kammer schließlich die Vertrauenserklärung für die Regierung an.

•

Agram. Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat die Erregung, die drei Tage lang in ganz Rumänien wegen der Verhaftung Manoilescus herrschte, wesentlich nachgelassen. Ministerpräsident Bratianu, der während dieser Zeit die unumschränkte Macht eines Diktators in Rumänien inne hatte, gelang es, die Aktion der Carolisten die den Aufstand in Bessarabien, Siebenbürgen und Dobrutscha zum Ziel hatte, um Carol zum König von Rumänien zu proklamieren, im Keime zu ersticken. Bratianu ließ sogar das Standrecht proklamieren, um die Ruhe wieder herzustellen und die Aktion der Carolisten wenigstens für den Augenblick zu unterbinden, wenngleich sie damit durchaus nicht liquidiert erscheint.

Dem Berichterstatter des Agramer „Obzor“ gelang es, mit einer Bukarester Redaktion in Verbindung zu treten. Soviel man darüber in journalistischen Kreisen erfährt, sind beim Ministerium des Innern, Nachrichten eingelaufen, wonach im ganzen Lande die Ruhe wieder hergestellt erscheint. Am gefährlichsten war die Situation in Bessarabien, wo die Nationale Bauernpartei namentlich über die slawischen Elemente der Bevölkerung verfügt. Ueberall wurden militärische Verstärkungen eingesetzt, die alsbald die Ruhe wieder herstellen konnten. Wie verlautet, ist außer Manoilescu noch eine Anzahl von Anhängern Carols verhaftet worden. Darunter einige angesehene Politiker der nationalen Bauernpartei. In der Stadt und im Bezirk Kischinew soll es zwischen der Bauernbevölkerung und dem Militär zu Zusammenstößen gekommen sein. Militär eilte zur Stelle und jagte die Anhänger Carols auseinander. Bei dieser Gelegenheit sollen über 150 Personen verhaftet worden sein. Auffallend ist, daß die königliche Familie in Bukarest vollzählig versammelt ist. Ebenso der Regentschaftsrat und daß weder das Königshaus noch der Regentschaftsrat bisher von der Regierung irgendeine Aufklärung gefordert haben, sondern sich ganz reserviert verhalten. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß die Carolbewegung durchaus noch nicht erledigt ist, und daß die augenblickliche Stille in Rumänien die Stille vor dem Sturm ist.

Französische Wünsche an Amerika

Paris. Handelsminister Bokanowski hatt eine längere Unterredung mit dem amerikanischen Geschäftsträger Whitehouse über die französisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen. Nach dieser Zusammenkunft gab Bokanowski der Presse längere Erklärungen über die durch dem gegenseitigen Notenaustausch geschaffenen Lage. Die beiden letzten Noten lassen nach der Meinung Bokanowskis die Tür für Verhandlungen offen, deren günstigen Ausgang man voraussehen könne. Frankreich habe einen ersten Erfolg dadurch erzielt, daß während der Handelsvertragsverhandlungen ein provisorisches Zollregime für den Warenaustausch der beiden Länder festgesetzt wurde. Nach dem Buchstaben dieses provisorischen Abkommens gewährt Frankreich den Vereinigen Staaten dieselben Zollsätze, die sie vor dem Abschluß des deutsch-französchen Handelsvertrages genossen, abgesehen von den Fällen, wo der Deutschland gewährte Mindesttarif höher als die früheren Zollsätze sind. Die Vereinigten Staaten genießen daher bis zum Ende der Verhandlungen die gleichen Rechte, wie vor dem deutsch-französischen Handelsvertrag. Die Sachverständigen beginnen die verschiedenen Punkte zu prüfen, auf die sich die Verhandlungen beziehen sollen, welche wahrscheinlich ein Dekret zur Folge haben werden, daß die Nomenklatur besonders für die mechanische und chemische Industrie ändert. Bokanowski erklärte noch nicht zu wissen, ob die bevorstehenden Verhandlungen in Frankreich oder in Amerika geführt werden. Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Belgien und der Schweiz erklärte Bokanowski, daß sie bereits große Fortschritte gemacht hätten. Die beiden Länder hätten sich nur über gewisse Vorteile erregt, die Frankreich den Unterhändlern habe zugestehen müssen.

Wiener Gemeindewache u. Botschafterrat

Der Völkerbund soll entscheiden.

Berlin. Die Blätter melden aus Wien, daß die Botschafterkonferenz die österreichische Regierung aufgefordert hat, die Gemeinde Wien zur Auflösung ihrer Gemeindewache zu veranlassen, da diese dem Friedensvertrag widerspreche. Der Bundeskanzler hat den Wiener Bürgermeister von diesem Verlangen in Kenntnis gesetzt. Es verlautet, daß der Bürgermeister der Aufforderung nicht nachkommen werde, sondern die Regierung ersucht, beim Völkerbund gegen den Beschluß Beschwerde zu erheben.

Südslavische Grenzverstärkungen gegenüber Bulgarien?

Sofia. Wie die Zeitung „Zora“ berichtet, soll längs der bulgarischen Grenze auf südslawischem Gebiet ein lebhaftes militärischen Treiben herrschen. Die bulgarischen Grenzposten wurden in der Nacht mit Scheinwerfern abgeleuchtet. Ferner wurden neue Grabenstellungen aufgeworfen. Teilweise sollen sogar Geschütze in Stellung gebracht werden, so bei dem Dorfe Golak. Weiter weiß das Blatt zu berichten, daß agrarkommunistische Emigrantenbanden in den letzten Tagen mit Duldung des südslawischen Grenzschutzes mehrfach versucht hätten, in Bulgarien einzufallen. Die bulgarischen Truppen hätten mit solchen Banden bei den Dörfern Troklians und Kula blutige Gefechte gehabt.

Das glückliche Amerika

Washington. Präsident Coolidge läßt erkären, daß nach seiner Schätzung das laufende Fiskaljahr wieder einen Ueberschuß von 250 Millionen Dollar erbringen werde. Er hoffe zuversichtlich, daß dieser Ueberschuß für das kommende Jahr erhebliche Steuerermäßigungen möglich machen werde.

Chamberlain dementiert

Berlin. Die vor kurzem von einer Neuyorker Agentur verbreitete Meldung, daß Chamberlain beabsichtige, einen Anti-Sowjetbund herzustellen und hierzu auch Deutschland hinzuzuziehen, das durch die Zurückgabe von Kamerun entschädigt werden solle, wird von zuständiger Stelle als reine Kombination erklärt.

Für Beseitigung der Paßschwierigkeiten

Wien. Der achte internationale Kongreß der Reisebüros, auf dessen Tagesordnung u. a. Vorschläge zur Schaffung einer einheitlichen mitteleuropäischen Fremdenverkehrsorganisation und die Erleichterung im Paßwesen durch ein mitteleuropäisches Einheitssystem stehen, wurde heute im Beisein von Vetretern der Regierung, der Behörden und fachlicher Korporationen vom Bundespräsidenten Dr. Hainisch eröffnet. In seiner Aussprache erklärte der Bundespräsident: Der Kongreß verdiene besondere Beachtung, weil er für eine internationale Verständigung eintrete und schloß: „Als Präsident der jungen Republik Oesterreich, die eine glücklichere Zukunft nur vom dauernden Bestand des wahren Friedens unter den Völkern erhoffen kann, heiße ich Sie als Vertreter von Organisationen, die dem Völkerfrieden so unschätzbare Dienste leisteten, herzlich willkommen.

Noch keine Entscheidung zu den deutsch-polnischen Verhandlungen

Berlin. Das Reichskabinett konnte sich in seiner Donnerstag-Sitzung erst in später Stunde mit der Frage der deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen befassen. Infolgedessen war es nicht möglich, die Besprechung darüber zum Abschluß zu bringen, welche daher in einer der nächsten Kabinettssitzungen ihre Fortsetzung finden wird.

Der Parteitag der „Radikalen"

Paris, Ende Oktober 1927.

Unten an der Haustür unter anderem ein Schild „Exekutivkomitee in der vierten Etage". Oben ein Vorraum und einige Zimmerchen, die man als Bureau eingerichtet hat. Hier ist der Sitz der „Radikalen Partei", der größten Partei Frankreichs, die jetzt in der Kammer 140 Sitze von 584 Abgeordneten hat. Da in Frankreich „Partei" keine mächtige Organisation bedeutet, genügt eine kleine Wohnung in der vierten Etage zum Betrieb der größten französischen Partei.

Rechts vom Eingang ist ein größerer Raum: ein langer grüner Tisch steht in diesem Beratungszimmer mit vielen Stühlen und einer mächtigen Glocke in der genauen Mitte des Tisches und des Zimmers. Das ist der Tagungsraum des Exekutivkomitees, also des Hauptausschusses der „Radikalen Partei".

Es geht ihm zur Zeit nicht sehr gut, und der ganzen Partei auch nicht. Man hat so oft üble Zwischenfälle, bei denen die Parteiuneinigkeit über die Partei-Einheit siegt. So mußte sich der Hauptausschuß nach dem Krieg mit drei Senatoren befassen, die entgegen der offiziellen Parteiparole für die Wiederaufnahme der Beziehungen Frankreichs zum Vatikan gestimmt hatten (die drei kamen mit einer „Warnung" davon), so enthielten sich unter Herriots Führung im Januar 1923, als Poincaree ins Ruhrgebiet marschierte, nur 35 Abgeordnete von den damaligen 82 der Stimme obwohl der Hauptausschuß die Stimmenthaltung für die ganze Partei ausnahmslos gewünscht hatte, und so kriselt es jetzt wieder ein wenig infolge des Gewirrs, das Herr Franklin-Bouillon, der Abgeordnete des Departements Seine-et-Oise, verursacht.

Am 27. Januar fand die feierliche Eröffnung des Parteitags der „Radikalen Partei" in Paris statt. Der vorjährige Kongreß tagte in Bordeaux, wo Caillaux, einst der Parteiführer, an der Debatte kaum teilnahm. Anders war es beim vorletzten Parteitag, 1925 in Nizza. Da stemmte sich Caillaux mit aller Macht gegen den offiziellen Parteibeschluß, die Sozialisten im Kampf für die zehnprozentige Kapitalsabgabe zu unterstützen. Caillaux und Franklin-Bouillon waren die Besiegten in Nizza.

Indes aber ist der damalige Parteiführer Herriot nach rechts gerückt und in die Poincaree-Regierung als Unterrichtsminister eingetreten. Mit sich riß er die Parteimehrheit, die dadurch immerhin in eine unangenehme Lage kam; sie wollte Herriot nicht öffentlich tadeln, obwohl er ohne Befragung seiner Parteikollegen in das heutige Kabinett ging, und sie wollte andererseits nicht jede Berührung mit den Sozialisten verlieren. So verlegte sie sich aufs Schaukeln.

Aber wenn die Wahlen kommen, ist eine Schaukel-Politik die übelste und verhängnisvollste. Soll sich also die Partei wieder nach links orientieren? Dann muß Franklin-Bouillon hinaus! Denn dieser Abgeordnete, der den äußersten rechten Flügel der Partei bildet, hat ja mit seiner Neuerfindung einer festen Rechtsbindung der Partei ziemlich viel Unglück gehabt: die Lyoner Gruppe der „Radikalen Partei", hinter und vor der der Lyoner Bürgermeister Herriot steht, verlangt den Ausschluß von Franklin-Bouillon, und diese Gruppe ist in diesem Verlangen nicht alleinstehend. Nicht einmal seine eigenen Wähler aus dem Departement Seine-et-Oise hat Franklin-Bouillon in der Mehrheit hinter sich. Der jetzige Partei-Chef Maurice Sarraut hat sich ebenfalls in öffentlichem Briefwechsel gegen Franklin-Bouillons politische Ansichten erklärt. Die Disziplinarkommission beratet seit Monaten, der Hauptausschuß seit Wochen. Man fürchtet sich noch etwas vor dem reinen Schnitt, obwohl Franklin-Bouillon bei den letzten Kammerabstimmungen schon immer mit der Rechten gegen seine eigene Partei auftrat. Wird er ausgeschlossen, so hat er ein Berufungsrecht an den Parteitag. Wird er aber davon Gebrauch machen?

Wird überhaupt der Parteitag vom 27. bis 30. Oktober, selbst im Falle einer Abwesenheit von Franklin-Bouillon den Mut haben, die durch ihn aufgeworfene Frage: „Links- oder Rechtsmarsch des radikalen Bürgertums?" ausführlich zu erörtern? Im Interesse einer Klarheit bei den kommenden Wahlen ist das zu wünschen. Denn die sozialistische Partei hat ein Recht darauf zu wissen, ob sie bei Stichwahlen in gegebenen Fällen den Kandidaten der „Radikalen Partei" empfehlen darf, weil er immerhin gegenüber einem Reaktionär das kleinere Uebel darstellen könnte, oder ob er, wie Franklin-Bouillon es wünscht, von einem patentierten Rechtsmann nicht mehr zu unterscheiden ist. Bringt der Parteitag keine Klarheit, so sinken ohnehin die Wahlaussichten der „Radikalen Partei". Kurt Lenz.

Kongreß der französischen Radikalen Partei

Paris. Auf dem Donnerstag eröffneten Kongreß der Radikalen Partei hielt Ehrenpräsident Maurice Sarraut eine längere Rede, in der er sich gegen das Regime der nationalen Einigung aussprach, und als Wahltaktik für die bevorstehenden Kammerwahlen das Zusammengehen mit den Sozialisten propagierte. Noch niemals sei von den Rechtsparteien ein lebhafter Kampf gegen Prinzipien der Republik geführt worden, als gegenwärtig. Das Mißlingen der Finanzpolitik der Radikalen als sie die Regierung inne hatten führte Sarraut auf Beweggründe rein politischer Natur zurück. Unerträglich sei es, daß der souveräne Wille des Landes fortlaufend den Finanzmächten ausgeliefert bleibe. In den Waffenstillstand mit den Rechtsparteien hätten die Radikalen nur im Interesse des Wiederaufbaues der französischen Finanzen und des Franken eingewilligt. Während sie bei den Republikanern wie bei Poincaree selbst loyale Zusammenarbeit in der Frage der Laiengesetze fanden, mußten sie bei den gemäßigten Parteien der Rechten Beleidigungen und sarkastische Kritiken erfahren. Für diese Parteien stellte die Regierung der nationalen Einigung nicht ein Mittel zur Hebung der französischen Finanzen dar, sondern ein Mittel, die Radikalen zu zwingen, Diener der reaktionären Politik zu werden. Wenn die Radikalen auch im Interesse der französischen Finanzen die Regierung Poincarees unterstützen, so wollten sie doch nicht dazu ausgenutzt werden, das Land in eine reaktionäre Politik zu stürzen.

Die Trotzki-Opposition wird niedergeschrien

Moskau. Im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses (Dom sojnsow) fand gestern eine Massenversammlung der Moskauer Parteimitglieder statt, etwa 2500 an der Zahl. Gleichzeitig tagte im Uritzkipalast, dem früheren Dumapalais, in Leningrad eine ähnliche Versammlung der Leningrader Parteimitglieder und -funktionäre, etwa 6000, um zu den letzten Beschlüssen des Zentralkomitees, bezüglich des Ausschlusses Trotzkis und Sinowjews, und zu dem Wirtschaftsprogramm Stellung zu nehmen.

In Moskau traten von der Opposition Smirnow, Kamenjew und Rakowski auf, die (nach Presseberichten) niedergeschrien wurden. Ebenso erging es in Leningrad Jewdokimow und Bakajew.

Die Versammlungen nahmen Resolutionen an, in denen die Haltung des Zentralkomitees völlig gebilligt und gesagt wird, daß das „Programm des Siebenstundentages" im Jubiläumsmanifest eine neue große Errungenschaft der Revolution sei, und daß, trotz fortgesetzter Konsolidierung des Kapitalismus, in Westeuropa, in den Kolonien und in China der kommunistische Einfluß wachse. Auch in Deutschland, der Tschechoslowakei und in Oesterreich steige das Vertrauen der Massen zur kommunistischen Partei.

Freigelassen — Erschossen

Ekelhafte Militärjustiz in Litauen.

Warschau. Der litauische sozialdemokratische Abgeordnete Poplawski schildert in einem hiesigen Blatte die grauenvolle Vollstreckung des Todesurteils an acht litauischen Verurteilten in Tauroggen. Demnach wurden die Leute von litauischen Soldaten auf eine Brücke geführt, wo ihnen erklärt wurde, sie seien frei und könnten in den unweit gelegenen Wald fliehen. Kaum hatten sie jedoch zu laufen begonnen, als eine hinter Sträuchern verborgene Soldatenkompagnie mehrere Salven auf sie abgab. Die acht Männer stürzten zu Tode getroffen zu Boden. Dieser Vorgang spielte sich in Anwesenheit zahlreichen Publikums ab. Darunter befanden sich auch Angehörige der Ermordeten.

Bevorstehende Adelung Mc Neills

London. Es verlautet, daß der als Nachfolger Lord Cecils ins Kabinett eingetretene Dr. Ronald Mc Neill sofort zum Peer gemacht werden wird, um schon während der kommenden Parlamentssaison die Regierung in Fragen der auswärtigen Politik und des Völkerbundes im House of Lords zu vertreten. Dadurch wird eine Nachwahl für Mc Neills Platz im Unterhause nötig.

Die Lohnfrage im englischen Kohlenbergbau

London. Das Exekutivkomitee der Bergarbeiterföderation wird zusammentreten, um über die Sicherung von neuen Lohnabkommen für einige Kohlendistrikte zu beraten, die in der nächsten Zeit ablaufen. Bekanntlich hatten nach Beendigung des Streiks die Grubenbesitzer sich zu vorläufigen Abkommen auf etwa ein Jahr verpflichtet, in dem die neuen Regulierungen ausprobiert werden sollen zunächst wird die Lohnfrage wieder in dem Kohlendistrikt Durham akut werden. Die Bergarbeiter wünschen, daß eine Klausel eingeführt werde, die erlaube, daß die Minimalzuschläge vom neutralen Provinziallohnamt entschieden werden. Die Lage im Kohlengebiet von Durham wird sehr düster geschildert, da die Kohle seit März mit dauerndem und zunehmenden Verlust verkauft wird. Der feste Minimalzuschlag in Durham beträgt 89 Prozent, aber nach den jetzigen Berechnungen waren die Einnahmen im August so gering, daß nach Abzug für den Bergwerksbetrieb, Löhne usw. nur 35 Prozent hätten gezahlt werden können, und das Mehr glatte Zuschüsse der Unternehmer darstellt. Die Arbeiter wünschen unter diesen Umständen das bisherige Lohnabkommen aufrecht zu erhalten, doch weisen die Grubenbesitzer darauf hin, daß für diesen Distrikt seit März 1 895 000 Pfund zugesetzt worden seien, und daß sie daher von dem jetzigen Recht der monatlichen Kündigung des Lohnabkommens Gebrauch machen würden.

Ein neues katalanisches Komplott?

Französische Grenzsicherungen.

Paris. Seit einigen Tagen geht an der spanisch-französischen Grenze das Gerücht von einem neuen katalanischen Komplott um. Dieses Gerücht scheint nunmehr neue Nahrung durch harte französische Polizeimaßnahmen gegenüber Ausländern und besonders Spaniern in dem Grenzgebiet und im Tal von Ariege zu gewinnen. Gestern wurden bedeutende Gendarmeriekräfte in Foix konzentriert. Die Straßen und Gebirgsübergänge an der Grenze werden scharf überwacht. Die Behörden bewahren strengstes Stillschweigen über alle Operationen. Die Befehle an die Grenzbehörde sollen von Paris erlassen worden sein.

Anschlag auf ein jugoslavisches Munitionsdepot

Belgrad. Wie aus Kragujewac berichtet wird, haben drei unbekannte Personen heute Nacht einen Anschlag auf das Munitionsdepot in Mesia, in der Nähe von Kragujewac, versucht. Der Wachtposten bemerkte die Gruppe, worauf sich ein Feuergefecht entspann, das mit der Flucht der Attentäter endete. Es wird angenommen, daß dieser abermalige Angriff auf ein Munitionslager eine Fortsetzung der systematischen Aktionen des mazedonischen revolutionären Komitees ist.

Die neue griechische Notenbank

London. Wie aus Athen gemeldet wird, ist zwischen der griechischen Regierung und der Nationalbank ein vorläufiges Abkommen unterzeichnet worden, das die Errichtung einer Landwirtschaftsbank vorsieht. Ein weiteres Abkommen sieht die Errichtung einer neuen griechischen Notenbank vor. Die neue Bank soll das ausschließliche Recht der Notenausgabe erhalten. Die Drachme bleibt die griechische Standardwährung, deren Goldwert am Tage der Eröffnung der neuen Bank bekanntgegeben wird.

Neue Kommunistenverhaftungen in Belgrad

Belgrad. Im Laufe des Donnerstags hatte die Polizei ihre Aktion gegen die Kommunisten in Belgrad fortgesetzt. Es wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen und viele Personen verhaftet. Unter ihnen befindet sich auch der Abg. im Gemeinderat Dr. Sima Markowitsch.

Frau Kollontaj wieder Sowjetgesandte in Oslo

Moskau. Frau Kollontaj wurde zur Sowjetgesandtin in Norwegen ernannt. Der bisherige Gesandte in Oslo wurde zum Sowjetgesandten in Mexiko ernannt.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

10)

Fünftes Kapitel.

Das Tagebuch.

„Der Laden Shen-Yans ist eine Opiumhöhle in einem der baufälligen Häuschen des alten Ratcliff-Highway," erläuterte Kriminalkommissar Weymouth. „Singapore-Charlies Haus nennen es die Eingeweihten. Es ist das Stammlokal einiger chinesischer Vereine, aber auch ein Treffpunkt aller möglichen Opiumraucher. Soviel ich weiß, sind nie Beschwerden über den Betrieb dort laut geworden. Ich verstehe das alles nicht."

Wir befanden uns in einem Zimmer des Londoner Polizeipräsidiums und betrachteten den vor uns liegenden Bogen Kanzleipapier, auf dem, halbverkohlt, die kärglichen Ueberbleibsel des Tagebuches aus Cadbys Kamin ausgebreitet lagen; denn glücklicherweise hatte das junge Mädchen sein Zerstörungswerk so hastig verrichtet, daß wenigstens keine völlige Vernichtung eingetreten war.

„Was müssen wir daraus schließen?" fragte Smith. „... Buckliger ... der Laskare kam ... auffallender Unterschied ... nicht zurückgekehrt ... bis Shen-Yan (der Name läßt keinen Irrtum zu) mich hinauswarf ... dröhnendes Geräusch ... Laskare in ... Leichenhalle konnte die Identi ... innerhalb weniger Tage oder vermißt ... Dienstag in einer anderen Maske ... Ruck ... Zopf ..."

„Schon wieder der Zopf!" rief Weymouth.

„Das Weib hat anscheinend alle herausgerissenen Blätter zugleich verbrannt," fuhr Smith fort. „Sie lagen flach, und dies befand sich in der Mitte. Hierin erblicke ich die Hand der Vorsehung, Herr Kommissar. Wir haben also die Bemerkung über einen Buckligen, und das übrige läßt sich etwa folgendermaßen rekonstruieren: Ein Laskare (zugleich mit mehreren anderen Personen) trat bei Shen-Yan ein, ging nach oben und kam nicht zurück. Cadby, der unten in einer Verkleidung wartete, vernahm ein dröhnendes Geräusch. Später hat er in der Leichenhalle unter den Toten den Laskaren wiedererkannt. Wir können das Datum des Besuchs bei Shen-Yan nicht ermitteln, aber ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß der Laskare und der von Fu-Mandschu ermordete Dakoit eine und dieselbe Person sind. Es ist natürlich nur Vermutung. Daß jedoch Cadby sich offenbar mit der Absicht trug, noch einmal in einer anderen Verkleidung nach jener Stätte zu gehen, und daß er diesen Plan am Dienstag ausführen wollte, ist eine logische Schlußfolgerung. Die Erwähnung des Zopfes ist besonders interessant deshalb, weil sich bei seiner Leiche ein solcher befand."

Weymouth nickte zustimmend. Smith sah auf die Uhr.

„Genau sieben Minuten vor halb elf!" bemerkte er. „Ich muß Sie schon bitten, Herr Kommissar, mir Ihren Garderobenschrank zur Verfügung zu stellen Wir können noch eine Stunde in der Gesellschaft von Shen-Yans Opiumfreunden verweilen."

Weymouth zog die Brauen in die Höhe. „Das könnte gefährlich werden. Wie denken Sie über einen offiziellen Besuch?"

Smith lachte: „Mehr als nutzlos! Nein: List gegen List. Wir haben es mit einem Chinesen zu tun, mit der grandiosesten Verkörperung asiatischer Verschlagenheit, mit dem gefährlichsten Genie, das der moderne Osten je erzeugte."

„Ich halte nicht viel von Verkleidungen," wandte Weymouth ein. „Solch Mummenschanz führt meist zu Fehlschlägen. Aber wie Sie wollen, Herr Smith! Forster wird sie schminken. Er ist ein Meister seines Fachs. Welche Maske wünschen Sie?"

„Die eines Dago-Matrosen (Schimpfwort für einen Spanisch oder Portugiesisch sprechenden Seemann). Aehnlich der des armen Cadby. Ich kann mich auf meine Erfahrung hinsichtlich dieser Kerle verlassen, wenn ich der Echtheitswirkung meiner äußeren Erscheinung sicher bin."

„Du hast mich vergessen, Smith!" mahnte ich.

Er hob mit einem Ruck den Kopf. „Petrie, es ist meine bittere Berufspflicht, aber kein Gesellschaftsspiel!"

„Willst du damit sagen, daß ich zu einem solchen Unternehmen nicht geeignet sei?" fragte ich ungehalten.

Smith ergriff meine Hand und erwiderte meinen etwas pikierten Blick mit einem Ausdruck ernsthafter Besorgtheit. „Mein lieber Junge, du weißt sehr gut, daß ich es anders meinte."

„Schon gut, Smith," knurrte ich besänftigt. „Aber schließlich würde ich auch nicht schlechter als irgendein anderer vortäuschen können, daß ich Opium rauche. Ich begleite meinen Freund, Herr Kommissar!"

So verließen denn zwanzig Minuten später zwei nicht sonderlich vertrauenserweckend aussehende Seeleute in Begleitung Weymouths in einem vor der Tür wartenden Wagen das Polizeipräsidium.

In dem theatralischen Beiwerk lag für mich etwas Spaßhaftes, fast Kindliches — und ich hätte herzlich lachen mögen, hätte nicht neben der Posse die düstere Tragödie gelauert. Schon der Gedanke, das irgendwo am Ende unserer Fahrt Fu-Mandschu, der trotz aller Gegenminen seine dunklen Pläne frohlockend weiterspann; Fu-Mandschu, den ich nie zu Gesicht bekommen, dessen Name allein aber mit unbeschreiblichen Schrecken verbunden schien. Vielleicht wollte es das Schicksal, daß ich heute nacht dem fürchterlichen chinesischen Doktor persönlich begegnete.

Ich riß mich aus den Grübeleien, die mich in abgründige Tiefen zu stürzen drohten, und widmete meine Aufmerksamkeit den Erklärungen, die Smith an Weymouth richtete

„Wir werden bei der Wasserpolizei in Wapping aussteigen, da Sie ja sagten, daß der Laden in der Nähe des Flusses liege. Dann können Sie uns irgendwo weiter stromabwärts an Land setzen. Ihr Kollege Ryman mag sich mit dem Motorboot in der Nähe der Rückseite des Gebäudes bereithalten, und Ihre eigenen Leute müssen an der Vorderfront bleiben, damit sie mein Pfeifensignal hören können."

„Allerdings," stimmte der Kommissar bei. „So habe ich es auch schon geregelt. Geben Sie also das Alarmzeichen, sobald Sie etwas Verdächtiges bemerken!"

„Ich weiß nicht recht," meinte Smith zögernd. „Selbst in diesem Falle warte ich vielleicht noch einen Augenblick."

„Warten Sie nicht zu lange!" riet der Beamte. „Es würde die Situation nicht verbessern, wenn wir Sie hernach mit der Hälfte Ihrer Finger in einem Schleppnetz wieder zutage fördern."

Der Wagen hielt vor der Wache der Strompolizei. Vier schäbig gekleidete Individuen sprangen bei unserem Eintritt auf und grüßten militärisch den Kommissar.

„Evans und Leslie," befahl dieser kurz, „Ihr müßt einen dunklen Winkel ausfindig machen, der ein günstiges Blickfeld auf die Tür von Singapore-Charlies Haus an der Seite des alten Highway bietet! Sie sehen am echtesten aus, Evans; Sie könnten vielleicht als Betrunkene auf dem Bürgersteig einschlafen, und Leslie muß Sie zu überreden suchen, mit ihm nach Haus zu kommen. Sie gehen nicht fort, bevor Sie die Pfeife hören oder Weisungen von mir erhalten. Achten Sie sorgfältig auf jeden, der das Haus betritt oder verläßt. Gehören die anderen beiden auch zu diesem Revier?"

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Die Selbstherrlichkeit eines Privatunternehmers

Der Privatunternehmer Franke aus Königshütte, Teichstraße, beschäftigt ungefähr 100 Arbeiter in der O. E. W. in Chorzow. Er hat an der Arbeitsstelle ein Plakat anschlagen lassen, aus welchem die bei ihm beschäftigten Arbeiter ersehen sollen, daß sie nur vorübergehend beschäftigt und täglich gekündigt werden können. Am 30. Juli d. J. entließ er wieder 15 Arbeiter ohne vorherige Kündigung. Unter diesen befand sich ein Vater von fünf Kindern, der sich das nicht so ohne weiteres gefallen ließ und eine Entscheidung in dieser Angelegenheit beim Schlichtungsausschuß in Kattowitz beantragte. Am 17. d. Mts. fand nun in Kattowitz eine Verhandlung statt, wo die Firma Franke durch ihren Aufseher Ermel vertreten wurde, welcher trotz aller Belehrungen durch den Vorsitzenden, die Beisitzer und den Vertreter des Arbeiters, behauptete, daß er, resp. die Firma, das Recht habe, die Arbeiter fristlos zu entlassen, weil sie das durch ein Plakat im Betriebe bekanntgegeben hätte. Auf einen Vorschlag des Vorsitzenden, sich zu einigen, und dem Arbeiter eine Entschädigung in Höhe von 60 Zloty auszuzahlen, lehnte dieser Vertreter dies glattweg ab, da er immer noch der Auffassung war, daß er Recht habe. Der Vorsitzende vertagte deshalb die Verhandlung aus formellen Gründen. Vorgestern, den 26. d. Mts., fand eine erneute Verhandlung statt, zu der neben dem Aufseher auch selbst Herr Franke erschienen ist, der stolz erklärte, daß er das Recht habe, die Arbeiter fristlos zu entlassen, wenn das Plakat die Arbeiter darüber aufgeklärt, außerdem habe noch kein Arbeiter gegen eine solche Entlassung Klage erhoben. Er müßte, führte er weiter aus, wenn die Verwaltung der O. E. W. von ihm verlange, soviel und soviel Arbeiter sofort entlassen. Der Vertreter des Arbeiters, Kam. Ritzmann, welcher auch schon in der ersten Verhandlung die Vertretung des Arbeiters übernommen hatte, entgegnete diesem sonderbaren Arbeitgeber, daß das nur eine Ausrede ist, denn die Verwaltung der O. E. W. wird sich hüten, von ihm zu verlangen, Arbeiter ohne vorherige Kündigung sofort zu entlassen. Auch die Geschichte mit den Plakaten ist eine ungesetzliche, denn in diesem Falle handelt es sich nicht um eine vorübergehende Arbeit, sondern um eine dauernde Beschäftigung in einem Unternehmen, das zu der Großindustrie Oberschlesiens gehört und folglich müssen dieselben gesetzlichen Vorschriften, die für die Großindustrie maßgebend sind, auch für die Arbeiter der Firma Franke angewendet werden. Auch die Gewerbeordnung besagt, daß ein gewerblicher Arbeiter regelrecht gekündigt werden muß, und was die Behauptung anbelangt, wonach die anderen entlassenen Arbeiter keinen Gebrauch von einer Klage machten, so ist das Sache dieser Arbeiter selbst. Diese waren nirgends organisiert und hatten auch die Courage nicht, die Firma zu verklagen. Der Arbeiter Twardowski ist dagegen organisiert und konnte sich das so ohne weiteres nicht gefallen lassen. Auch die Behauptung, daß Twardowski nach der Entlassung innerhalb drei Tagen beim Betriebsrat und dieser wiederum bei der Firma nicht interveniert hätte, wurde durch den Betriebsobmann Myrczik widerlegt. Franke mußte zugeben, daß dies geschehen ist. Auf den Vorschlag des Vorsitzenden sich zu einigen, ging die Firma wiederum nicht ein, mithin mußte ein Urteil gefällt werden. Nach demselben wurde die Firma verurteilt, den Twardowski innerhalb drei Tagen wieder anzulegen, widrigenfalls ihm eine Entschädigung in Höhe von 70 Zloty zu zahlen ist. Der Vorsitzende Maciejewski hat diesem Urteil eine eingehende Begründung gegeben, die sich die Firma Franke für die Zukunft merken wird.

Wenn ein jeder Arbeitgeber so verfahren wollte, wie die Firma Franke, könnte man alle unsere gesetzlichen Bestimmungen, wie Arbeitsordnung, Gewerbeordnung und das Betriebsrätegesetz, sowie auch andere Vorschriften in Arbeitsfragen in den Papierkorb werfen. Das wäre etwas für solche Ausbeuter, wie sie Herr Franke repräsentiert.

Aber auch die Berufung seitens der Firma, daß 15 Arbeiter entlassen wurden und damit zufrieden waren mit Ausnahme des Twardowski, hat eine große Bedeutung für die Arbeiterschaft. Man ersieht daraus, daß so viele von jenen, die immer gegen die Gewerkschaften losziehen, dann in solchen Fällen sich wie verprügelte Kinder in eine Ecke zurückziehen und dem Arbeitgeber das Feld räumen.

Auch den Gewerkschaften gelingt es nicht immer, das volle Recht für die Arbeiterschaft oder den einzelnen Arbeiter zu erkämpfen, aber die gesetzlichen Bestimmungen werden durch das Vorgehen der Gewerkschaften hochgehalten und müssen von den Arbeitgebern respektiert werden. Auch die Firma Franke muß öfters belehrt werden, denn sie bildet keinen Arbeitsstaat für sich selbst, sondern unterliegt den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

Die Selbständigkeit des Knappschaftsvereins

Der Tarnowitzer Knappschaftsverein war seit seiner Gründung eine autonome Sozialeinrichtung gewesen, die lediglich der Kontrolle der Bergbehörden unterstellt war Sowohl die Kapitalisten, als auch die versicherten Arbeiter, hatten in dem Knappschaftsverein ihre Vertreter Die Arbeiter sind dort durch die Knappschaftsältesten vertreten, die leider nicht immer ihre Pflichten ernst nehmen, sondern den Vorstand schalten und walten lassen. Die Pflichtversäumnisse, haben u. a. dazu geführt, daß einzelne Vorstandsmitglieder mit den Geldern des Knappschaftsvereins nach Herzenslust wirtschafteten. Millionen von Zloty wurden in Privatinstitutionen, welche keine genügende Sicherheit mehr boten, angelegt, woraus für den Knappschaftsverein große Verluste resultieren. Um die Löcher zustopfen zu können, wurden die Mitgliedsbeiträge um 15 Prozent erhöht. Die Arbeiter werden also die Versäumnisse der Knappschaftsältesten, die sich in dem Kolo Starszych brackich zusammengeschlossen haben, bezahlen müssen. Hoffentlich werden sich das die Bergarbeiter auch merken und bei der nächsten Aeltestenwahl dem Kolo Straszych brackich den Garaus machen. Aber nicht nur das allein, sind es die Kosten der Versäumnisse, die von den Arbeitern getragen werden müssen. Bekanntlich hat die Bergbehörde in dem Tarnowitzer Knappschaftsverein die Revision durchgeführt, die Verfehlungen festgestellt und Vorschläge unterbreitet, welche auf die Abschaffung bezw. Einschränkung der Autonomie des Tarnowitzer Knappschaftsvereins hinausziehlen. Der Knappschaftsverein soll der Versicherungsanstalt in Königshütte angegliedert werden. So wurde bereits von der Zentralregierung in Warschau angeordnet. Dem schlesischen Sejm wird ein diesbezüglicher Antrag vorgelegt werden. Wie die Stellungnahme des schlesischen Sejms zu diesem Antrage sein wird, kann nicht vorausgesehen werden. Immerhin scheint die Autonomie dieser alten Sozialeinrichtung bedroht zu sein und alles das deshalb nur, weil die Knappschaftsältesten es mit ihren Pflichten nicht genau nahmen. Von seiten der Bergarbeiter muß die sofortige Beseitigung der schuldigen Vorstandsmitglieder verlangt werden. Es verlautet auch bereits, daß Herr **Czapla** der bisherige Direktor des Knappschaftsvereines, abgesetzt werden wird. Mit dem Absetzen allein, können sich die Bergarbeiter nicht zufrieden geben lassen. Der Knappschaftsverein hat durch das statutenwidrige Verhalten des Vorstandes Verluste erlitten. Für diese Verluste muß der Vorstand verantwortlich gemacht werden. Wer den Schaden verursacht hat, der soll ihn jetzt decken. Daran ist aber nicht die Autonomie des Knappschaftsvereins schuld, weshalb sie weiter erhalten werden muß.

Kostenlose Verkehrskarten

So allgemein und verständlich die Bekanntmachung über „Verkehrskarten“, welche fast alle Tageszeitungen brachten, ist, haben doch verschiedene Leser ein Haar in der Suppe gefunden. Es verlohnt sich, hier eine Klarstellung über verschiedene Punkte zu fordern. Zu bemerken wäre noch, daß diese Anregung von den Arbeitslosen in Fluß gebracht wurde, denen die Bestimmung des Botschafterbeschlusses vom 20. Oktober 1921 (Genfer Note, nicht Genfer Vertrag) nicht ganz klar ist.

In dem Abschnitt 1) dieser Note heißt es ausdrücklich „**kostenlos** eine Verkehrskarte erhalten wird“. Viele Verkehrskarteninhaber, darunter zu allernächst die Arbeitslosen, welche sich ihre paar Pfennige genau einteilen müssen, stellten sich vor die Frage, weshalb der Betrag von 2 Zloty zu entrichten ist, wenn eine Karte beantragt wird. Ebenso schnell durchzuckt verschiedene der Gedanke, an ein gewisses Geschäft, welches der Staat macht, und das sich nicht mit den Bestimmungen des Genfer Vertrages vereinbart.

Man könnte annehmen, daß dieser Botschafterbeschluß vom 20. Oktober 1921 durch das endgültige Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 überholt, also annulliert ist. Somit wäre die Streitfrage gelöst. Dagegen spricht aber der Artikel 290 im Titel 2 des Genfer Vertrages, in dem es wörtlich heißt:

Artikel 290: Alle die Verkehrskarte betreffenden Anträge und Eingaben, die erforderlichen polizeilichen Bescheinigungen, die Ausstellung und Gegenzeichnung der Verkehrskarte, sowie die im Artikel 288, Abs. 1, Buchstabe b, vorgesehene Bescheinigung sind stempel- und gebührenfrei.

Aus diesem Wortlaut ist ersichtlich, daß tatsächlich die Verkehrskarte kostenlos sein müßte, wie es in der Botschafternote lautet.

Wofür dann noch die 2 Zloty zu zahlen sind, kann uns vielleicht eine maßgebende Behörde verraten. Durch die Uebernahme eines Volksteiles und Landesgebietes ist die Behörde eigentlich verpflichtet, alle mit der Uebernahme verbundenen Annehmlichkeiten und Unannehmlichkeiten, als da sind: Schreibereien, Erkundigungen, Druckkosten usw., mit in den Kauf zu nehmen und diese in irgend einem Etat festzulegen.

Dieses dauernde „Gebührennehmen“ fällt tatsächlich auf, namentlich wenn dazu jede rechtliche Grundlage fehlt. Dies gilt natürlich für beide Vertragspartner, sowohl für hier, als auch für drüben.

Für Rechner: Bei 300 000 Verkehrskartenanträgen kommt ein Betrag von 600 000 Zloty zusammen. Wir akzeptieren den Betrag natürlich für die Arbeitslosen der Wojewodschaft oder für die Flüchtlinge, damit diese Frage endlich aus der Welt geschafft wird.

Die Polizei prügelt

Im Krakauer „Naprzod“ lesen wir: Daß die Krakauer Polizei die Verhafteten prügelt, ist schon lange kein Geheimnis mehr. Es wurden im vorigen Jahre „Strolche“, „Juden“ geschlagen. Was ist schon dabei. In den Richtigstellungen stand es jedoch zu lesen, daß dies alles erlogen sei und daß von der Polizei niemand geschlagen worden ist.

Bis schließlich die Polizei hineinfiel. Durch Verkettung verschiedener Umstände geriet in die Hände der Polizei ein Akademiker und noch dazu ein Ausländer. Er wurde ganz anständig verprügelt, und diesmal konnte die Polizei nicht sagen, daß es nur ein „Strolch“, ein „Jude“ gewesen ist, denn die Freunde des Verprügelten nahmen sich ganz energisch der Sache an. Und bald „interessierten“ sich dafür auch der Wojewode, der Polizeidirektor. Die Folge dieses Interesses war, daß der schuldige Beamte und der Oberpolizist ihres Amtes enthoben wurden. Ob aus der Untersuchung etwas herauskommen wird? Nein! Denn noch niemals wurde auf der Polizei geschlagen. Und wenn schon der eine oder der andere, wie dieser Akademiker, vom Polizeibüro ging oder hinausgetragen wurde mit zerbrochenen Rippen, abgeschlagener Leber, mit blauen Flecken auf dem ganzen Körper — so ist das nur ihre eigene Schuld. Sie waren natürlich betrunken und fielen von der Pritsche auf den Steinfußboden — so lautet gewöhnlich die Entschuldigung, wenn es nicht mehr geht, die Spuren der Schläge aus der Welt zu schaffen oder aber die Tat ganz zu leugnen.

Daß der „Naprzod“ wegen der Veröffentlichung dieses Artikels beschlagnahmt worden wäre, ist nicht bekannt.

Theater und Musik

Die Berliner Kammer-Oper.

Zur Matinee am 30. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Stadttheater Katowice wird uns geschrieben:

Für die Zeit vom 26. bis 31. Oktober hat die Deutsche Theatergemeinde das obengenannte Opernensemble verpflichtet, das in mehreren Orten Polnisch-Oberschlesiens gastieren wird. Ueber Sinn und Ziel dieser Art musikalischer Ensemblekunst ist folgendes zu sagen:

Es ist vielfach der Versuch gemacht worden, als Gegengewicht zu der großen Oper, deren gewaltiger Apparat an Menschen und Material eine Bindung an feste Spielstätten irgendwie vorausgesetzt, ein Opern-Unternehmen ins Leben zu rufen. welches bei geringstem Menschen- und Materialaufwand ungebunden an einen festen Ort sich derart beweglich handhaben läßt, daß man mit einer solchen Oper ohne irgendwelche Mühen selbst in die kleinen Städte mit primitivster Bühnenanlage reisen und Opernveranstaltungen zustande bringen kann.

Es ist klar, daß ein so bewegliches Opern-Unternehmen nur kleines Format haben kann. Die Zahl der Mitwirkenden muß auf ein Minimum beschränkt sein. Es müssen Werke gesucht und gefunden werden, die dieser primären Voraussetzung entsprechen, ohne dabei die künstlerische Qualifikation und Wirkung herabzumindern.

Der verwendete Apparat darf die Kräfte dieses Unternehmens nicht überspannen. Daher ist für das zu schaffende musikalische Lustspiel neben einem wirkungsvollen und dem guten Zeitgeschmack entsprechenden Textbuch ein möglichst geringer Aufwand an Personen für die Darstellung und ein Kammerorchester von höchstens 14 Mitwirkenden für den musikalischen Teil erforderlich wobei selbstverständlich die szenischen Möglichkeiten in bescheidensten Grenzen gehalten werden müssen. Als im Jahre 1926 die Polizei-Ausstellung in Berlin tagte, kam es zu mehreren Aufführungen der kleinen Gluck'schen Oper „Der betrogene Kadi“ in der Komödie zu Berlin, die unter der musikalischen Leitung von Kapellmeister Huth zu diesem Zwecke einstudiert worden war und in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Veranstaltungen während der Polizei-Ausstellung in der Komödie gestellt wurde.

Es galt nun mit einem neuen Repertoire wirkungsvoll in die Oeffentlichkeit zu treten. Dieses fand sich auch bald.

Zwei Mitwirkende der vorjährigen Aufführungen des „Betrogenen Kadi“ Karla Höcker, die Tochter des Dichters Paul Oskar Höcker, und der Violoncellist Hans Chemin-Petit haben sich zur Schaffung eines kleinen Märchenspiels: „Der gefangene Vogel“ zusammengetan. Dieses kleine Märchenspiel, das die Geschichte einer chinesischen Prinzessin schildert, für deren Schicksal ein gefangener Vogel symbolisch wird, verwendet drei Sänger und eine Sprachrolle, dazu ein kleines Kammerorchester von 14 Musikern.

In seiner zarten problemlosen dichterischen Unbeschwertheit, in seiner Melodienfreudigkeit wird es bei dem ungemein reizvollen Milieu bestimmt seine Wirkung auf den Hörer nicht verfehlen, zumal für die Darstellung das Marionettenhafte strikt durchgeführt werden soll, wodurch eine unbedingte Stilreinheit erziehlt wird, die durch die Musik eine farbige Umrahmung erhält.

Der Komponist Hans Chemin-Petit wird sein Werk selbst dirigieren. Hans Holtorf, als Leiter des erfolgreichen „Maskenwagens“ schafft die Bühnenbilder, Kostüme und führt die Regie, Solisten sind Maria Rubinstein, Fritz Göllnitz und Richard Klewitz.

Zu diesem zeitgenössischen Werkchen wird das Gegenstück Pergoleses: „Il maestro di musica“, dessen Herausgabe Helene Federn ebenfalls besorgte, und in der musikalischen Bearbeitung des bekannten Komponisten Erich Anders Erich Freiherr von Gudenberg unter dem deutschen Titel einst Pergolesis Ruhm zugleich mit „La serva padrona“ begründete, das mit seinem Melodienreichtum und seiner heiteren Anmut seinesgleichen sucht, wird ebenfalls den Hörer, den anspruchsvollen wie den unbefangenen, entzücken und somit eine geeignete Ergänzung zu „Der gefangene Vogel“ darstellen. Die Aufführenden sind die gleichen wie in dem gleichnamigen Märchenspiel.

Auch in Berlin sind die beiden Kammer-Opern im Renaissance-Theater mit größtem Beifall aufgeführt worden.

Kattowitz und Umgebung

Wichtige Magistratsbeschlüsse.

Nachfolgende Beschlüsse sind auf der Dienstag-Sitzung des Kattowitzer Magistrats gefaßt worden:

Dem „Komitet wychowania fizycznego“ (Komitee für Leibesübungen und körperliche Ertüchtigung) wird die Ausstellungshalle im Südpark für die Zeit vom 10. November bis 20. Dezember d. Js. kostenlos zur Verfügung gestellt. Zur Bedingung wird jedoch gemacht, daß an die Stadt Kattowitz alle entstehenden Kosten für Beleuchtung, Reinigung des Ausstellungsgeländes, Wasserverbrauch usw. prompt abgeführt werden.

Nachdem die Restaurationsräume im städtischen Gebäude auf der ulica 3-go Maja von der Firma „Caza“ geräumt und freigegeben worden sind, werden die Lokalitäten dem „Kolo Towarzyskie“ gegen einen jährlichen Pacht- bezw. Mietsvertrag von 20 000 Zloty überlassen.

Eine Subvention von 300 Zloty erhält der „Zwiongek Slonskich Kol-Spiewaczych“ (Verband der oberschlesischen Sänger-Chöre). Es soll eine Verteilung dieser Summe an die einzelnen Gesangsvereine erfolgen.

Nach einem weiteren Beschluß wird dem Büro-Inspektor Gurok vom städtischen Vollziehungsamt, welcher am Dienstag, den 1. November cr. sein 25 jähriges Dienstjubiläum begeht, zum Andenken eine goldene Uhr, sowie ferner als besondere Zuwendung ein volles Monatsgehalt als Geschenk überreicht.

Noch vor Eintritt des Winters will der Magistrat ferner an die Ausschreibung der Glaserarbeiten für die Arbeiter-Wohnhäuser auf der ulica Raciborska (Kronprinzenstraße), sowie die Zuweisung der Arbeiten herangehen.

Die Polizeidirektion in Kattowitz

gibt öffentlich bekannt, daß auf Grund des § 12 der Polizeiverordnung vom 14. Februar 1912, betreffend die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage, am 1. November (Allerheiligen) und am 2. November (Allerseelen) verboten sind:

1. Oeffentliche Tanzlustbarkeiten und Bälle;
2. Gesangs- und deklamatorische Vorträge und Schaustellungen von Personen, theatralische Vorstellungen und alle Musikaufführungen, **falls nicht der ernste Cha-**

rakter gewahrt ist, ebenso Vorträge, Schaustellungen und Musikaufführungen in Cafee chantans (Tingel-Tangel).

An diesen Tagen haben die Theater den ernsten Charakter zu wahren. Vorstellungen in Theatern, Varietees mit Bühnenvorrichtung und in Zirkussen sind außerdem erst von 6 Uhr abends ab gestattet.

Außerdem sind am Vorabend des Allerheiligenfestes öffentliche Tanzlustbarkeiten und Bälle verboten.

Bücherei für Kunst und Wissenschaft. Der Verband deutscher Volksbüchereien eröffnet an der Bücherei für Kunst und Wissenschaft, Kattowitz, ul. Szkolna 5, mit 1. November 1927 einen Lesesaal. Derselbe ist für jedermann frei zugänglich und ist täglich von 9—1 Uhr vormittags und ½5—8 Uhr nachmittags geöffnet. Es befinden sich dort eine Handbibliothek von Nachschlagswerken und 80 ständig einlaufende Zeitschriften. Ebenso liegen 17 deutsche Zeitungen aus Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei und Polen zur Benützung aus.

Betr. den Verkauf und Handel von Blumenartikel. Der Magistrat in Kattowitz gibt bekannt, daß die Beschäftigung von Angestellten in Blumengeschäften, sowie der Verkauf bezw. Handel von Blumen und Kränzen am Dienstag, den 1. November und zwar am Feste „Allerheiligen" in der Zeit v. 7—8 Uhr vorm., sowie ferner von 11 Uhr vorm. bis einschließlich 6 Uhr abends erfolgen kann. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß für alle Uebertretungen, welche bei der Kontrolle durch die Beamten der städt. Polizei festgestellt werden, eine Bestrafung erfolgt.

Abzuholen. Ein blaues Damenkleid, welches auf einer Straße in Kattowitz in den Morgenstunden aufgefunden und wahrscheinlich von einem Spitzbuben zurückgelassen wurde, kann von der Eigentümerin im städt. Fundbüro, ul. Mlynska 4, Zimmer 7 in den Dienststunden abgeholt werden.

Die Schmuggelaffäre Steinitz nochmals vor Gericht. Am gestrigen Donnerstag wurde erneut in einer großen Schmuggelaffäre entschieden und zwar handelte es sich um die Strafsache gegen den Kaufmann Jakob Steinitz aus Königshütte, Chauffeur Josef Wadas und Schlosser Viktor Maschik aus Beuthen, ferner den Arbeiter Hugo Banaschik aus Siemianowitz. Der Prozeß kam nochmals zum Austrag, da die letzten drei Angeklagten gegen die hohen Geld- sowie Gefängnisstrafen Revision eingelegt hatten. Beschlagnahmt wurde von der Zollbehörde im Monat Mai d. Js. ein Personenauto mit einer Menge Manufakturwaren. Die Verurteilung der Angeklagten erfolgte im Monat Juni d. Js. Der Beklagte Josef Wadas erhielt s. Zt. eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, sowie 15 500 Zloty Geldstrafe Viktor Maschik drei Monate Gefängnis und 15 500 Zloty Geldstrafe, ferner Arbeiter Hugo Banaszik drei Monte Gefängnis und 14 000 Zloty Geldstrafe. Bei der erneuten Verhandlung wurden die hohen Geldstrafen als rechtskräftig anerkannt, dagegen die Gefängnisstrafen, welche zum Teil durch die Untersuchungshaft abgebüßt wurden, gänzlich erlassen.

Zawodzie. (Vortragsabend des Bundes für Arbeiterbildung.) Am Sonntag, den 23. Oktober, nachm. 3 Uhr, eröffnete die hiesige Ortsgruppe des B. f. A. ihre erste Vortragsserie, und groß war die Zahl der Genossen und ihrer Frauen, die sich zu dem ersten Vortrag einfanden. Gen. Kurz begrüßte die zahlreich Erschienenen und gab einen kurzen Rückblick über den Stand unserer Bewegung. Nachher brachten die „Freien Sänger", Katowice, einige Lieder zu Gehör, wofür dieselben reichlichen Beifall ernteten. Nachdem eine Jugendgenossin den Prolog „Märchen vom Geist" vorgetragen hatte, nahm Gen. Sejmabg. Buchwald das Wort zu seinem Vortrage: „Die moderne Arbeiterbewegung als Kulturfaktor". Der Referent erläuterte uns ausführlich, daß nun die Zeit ferne sei, wo der Arbeiter kein Recht hatte, Kritik zu üben an Wirtschaft, Kunst und anderen Dingen, die sonst nur von der besitzenden Klasse ausgeübt wurde. Heute gilt der Arbeiter mit seinem Wissen auch als maßgebender Faktor. Aber es genüge nicht, daß nur ein verschwindend kleiner Teil sich für diese Sachen interessiert, jeder Arbeiter muß danach streben, denn Bildung ist Wissen und Wissen ist Macht. Nun appellierte der Referent noch an alle, die nächsten Vorträge ebenso zu besuchen. Reicher Beifall belohnte seine Ausführungen. Nun gab noch Gen. Kandziora einen kurzen Bericht über den Stand des Kattowitzer Stadtparlament. Da nun keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloß Gen. Kurz um 5½ Uhr den offiziellen Teil und man blieb noch lange gemütlich zusammen.

Königshütte und Umgebung

Ein unbegreifliches Verbot.

Wir leben in der Zeit der Vereinsfahnenweihen. Vergeht doch kein Sonntag, da nicht ein oder mehrere Vereine stolzgebläht und mit Trompeten zur Kirche ziehen, um ihr repräsentiertestes Abzeichen, die Vereinsfahne, ohne die ein Verein einfach nicht existieren will, einweihen zu lassen. Es ist eigentlich Kinderei, denn es geht ganz gut auch ohne Fahnen, aber da unsere lieben Zeitgenossen darauf nun einmal eingestellt sind, so ist dagegen nicht viel zu machen, schließlich haben wir gar keine Ursache, ihnen sie nicht zu gönnen. Der Verein der Königshütter Gastwirte hat nun gleichfalls eine Fahne angeschafft, um ja nicht zurückstehen zu müssen und gedachte, eine recht würdige Weihefeier zu veranstalten, zumal die Fahne recht prächtig ausgefallen ist. Großzügige Vorbereitungen wurden getroffen, die Angströhren frisch gebügelt, die Bratenröcke hervorgezogen und das Leibliche auf die kommenden Genüsse eingerichtet. Doch mit des Schicksals-Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten! In diesem Falle waren des Schicksals Mächte die Königshütter Polizeidirektion, die, wer weiß aus welchen Gründen, irgendein Haar an der Fahnenweihe fand und sie wenn auch nicht verbot, aber ziemlich einschränkte. Im letzten Augenblick nämlich, da es losgehen sollte, erhielt der Vorsitzende des Gastwirtsvereins ein Pismo, in dem eine hohe und wohllöbliche Polizeidirektion den Marsch mit der entrollten Fahne nach der Kirche verbot und die Genehmigung für die übliche Nachfeier zurückzog. Eine Intervention blieb unberücksichtigt und damit war den Gastwirten die Fahnenweihe versalzen; gewiß, gefeiert wurde schon, nur wie. Doch das kann uns gleichgültig sein, uns interessiert lediglich die Stellungnahme der Polizeidirektion, die wir keineswegs als objektiv und begründet ansehen können. Bisher ist übrigens eine solche Maßnahme nicht zu verzeichnen gewesen, im Gegenteil, bei allen solchen Veranstaltungen machte sogar die Polizei feste mit und gewährte den Feiernden alle möglichen Vergünstigungen. Einen Grund muß aber die Polizeidirektion gehabt haben und wie in Gastwirtskreisen kolportiert wird, soll es der sein, daß der Verein der Königshütter Gastwirte angeblich von einem Berufskollegen bei der Polizeidirektion als „deutsch verflucht" hingestellt worden ist. Wir können nicht gut annehmen, daß sich die Polizeidirektion tatsächlich von einer solchen Auffassung leiten ließ, aber... Jedenfalls hat es mit der Fahne und der Feier irgendein Bewenden. Entweder erblickte die Polizeidirektion tatsächlich in der Fahne eine Provokation oder in dem Verein selbst, was unbegreiflich wäre, denn zu beidem ist nicht der geringste Anlaß vorhanden oder es handelt sich hier um eine der bekannten kleinlichen Verständnislosigkeit, einen anderen Ausdruck können wir uns leider nicht gestatten, mit denen man bei uns nicht knausert.

Verurteilte Schwerverbrecher. Die Königshütter Strafkammer verhandelte dieser Tage gegen die Banditen Harisch, Rysik und Diskau, alle drei aus Chropaczow, die im April dieses Jahres den Bauunternehmer Gabriel in seinem Büro überfielen und von ihm unter Androhung des Erschießens die Aushändigung der bereitgestellten Lohngelder verlangten. Da Gabriel sich weigerte, schoß Harisch auf ihn und traf G. in die Bauchgegend, worauf dann alle drei, ohne ihren Plan vollständig auszuführen, verschwanden. Für dieses Banditenstück erhielt Harisch 12 Jahre Zuchthaus, während Rysik mit 6 und Diskau mit 2 Jahren davonkamen.

Das Ruhestündchen im Hausflur. Eine ältere Frau, Marta K., nahm an einer Feier teil und hat dort ziemlich tief ins Glas geguckt mit der Wirkung, daß sie auf der Treppe vor ihrer Wohnung sanft einschlief. Dieses Ruhestündchen kam ihr aber etwas teuer zu stehen, denn eine gute Freundin benutzte diese Gelegenheit und stahl der alten Dame den Geldbeutel mit einem für sie nicht unbeträchtlichen Geldbetrage. Die Spitzbübin wurde bald darauf ermittelt, nur hatte sie von dem Gelde nichts mehr.

Siemianowitz

Aus der „deutschreinen" Gemeinde Bittkow.

Im Gemeinderate in Bittkow hat die deutsche nationale Minderheit keinen einzigen Vertreter. Zwar hat die Deutsche Wahlgemeinschaft bei der letzten Kommunalwahl eine Kandidatenliste eingereicht, doch wurde diese aus formellen Gründen für ungültig erklärt. In der Gemeinde Bittkow ist also Polnisch Trumpf, u. doch herrscht gerade in dieser Gemeinde die größte Unordnung. Der Gemeindevorsteher bekennt sich zu der Sanacja moralna und gewährt aus der Gemeindekasse Subventionen für die Powstancy, ohne den Gemeinderat zu befragen. Der Gemeinderat hat sich bereits gegen den Vorsteher an den Kreisausschuß mit einer Beschwerde gewandt. Doch hilft das nicht viel, weil der Gemeindevorsteher erklärt, daß er sich keine Vorschriften machen läßt. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde von der Versammlung auf die Ungesetzlichkeit dieser Handlungsweise aufmerksam gemacht, woraufhin Herr Gemeindevorsteher Wadowski die Sitzung für geschlossen erklärte und den Sitzungssaal verließ. Aus den Reihen der Gemeindevertretung flogen zwar die Pierunes herum, doch hat das seine Wirkung verfehlt, weil der Herr Vorsteher nicht mehr da war.

In der Verwaltung selbst soll auch Unordnung herrschen. Die Gemeindeverwaltung erhielt nicht einmal für das Jahr 1924 die Entlastung. Der Antrag auf Entlastung, die am Sonntag auf der Tagesordnung stand, wurde abgelehnt, weil gefälschte Quittungen vorgelegt wurden. Andere Quittungen weisen keine Unterschriften auf. Für eine Reihe von Ausgaben fehlen überhaupt die Quittungen. Von polnischer Seite wird sonst Beschwerde geführt, daß in jenen Orten, wo die deutsche Minderheit in den Gemeinden stark vertreten ist, ein normales Beraten erschwert wurde. In Bittkow sitzt in der Gemeindevertretung kein einziger Deutscher und man wird dort mit dem Budget für das Jahr 1924 nicht einmal fertig. Die Gemeinde Bittkow zählt zu den größeren Gemeinden in Polnisch-Oberschlesien und sollte die Jahresabschlüsse, als auch die Voranschläge in Ordnung halten. Uns wundert nur, daß die Aufsichtsbehörde, die sonst auf sich nicht warten läßt, hier mit dem Eingreifen wartet.

Das Knappschaftslazarett Siemianowice erweitert das Portierhaus um die Breite eines zweiten Einganges. Der Zweck des Anbaues ist, eine genauere Kontrolle der Krankenhausbesucher vornehmen zu können, sowie den Portier vor den Unbilden des Winters mehr zu schützen.

Myslowitz

Myslowitz als Hafenstadt

Auf der Przemsa hinter Myslowitz kann man ein Schleppschiff „św. Jan" (St. Johannes), das 18 Meter lang ist, bewundern. Das Schiff gehört der Kattowitzer Spolka „Neptun", die seinerzeit vom Schlesischen Sejm eine Subvention in der Höhe von 40 000 Zloty erhalten hat und soll 70 000 Zloty gekostet haben. „Sw. Jan" wird von einem dreiköpfigen Personal bedient und kann gleichzeitig 5 Kähne, beladen bis zu 400 Tonnen, schleppen. Nun hat die Sache einen Haken, weil der „Hafen" zwar in Myslowitz gelegen und „Neptun" ein schlesisches Unternehmen ist. Die schwarze Przemsa ist aber nicht ausgebaut und die oberschlesischen Gruben, nicht ausgenommen die Myslowitzer Grube, haben keine Verbindung mit dem „Hafen". Die schlesische Spolka „Neptun", subventioniert durch den Schlesischen Sejm, schleppt Kohle aus dem Dombrowaer Kohlenrevier. Da frägt man unwillkürlich, ob die Steuergelder der schlesischen Steuerzahler für Subventionszwecke ausgegeben werden dürfen, die weder direkt noch indirekt in irgendwelchem Zusammenhange mit den Interessen unserer Wojewodschaft stehen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Spolka bereits drei Kähne besitzt, die als Schleppkähne benützt werden können. Vorläufig besteht gar keine Aussicht, daß oberschlesische Gruben eine Bahnverbindung mit dem Myslowitzer Hafen bekommen werden. Zuerst müßte die schwarze Przemsa reguliert und in Myslowitz ein Hafen gebaut werden. Wohl soll eine solche Absicht bestehen, ob sie aber jemals verwirklicht werden wird, steht nicht fest. Jedenfalls werden noch viele Jahre verstreichen, bis in der Stadt Myslowitz ein richtiger Hafen angelegt wird.

Ueberfälle. In der Gegend des Myslowitzer Schlachthauses, wo die Straßenbeleuchtung viel zu wünschen übrig läßt, kommen häufig Ueberfälle vor. Vor einigen Tagen wurde dort ein Passant von jungen Burschen überfallen. Vor zwei Tagen wurde an derselben Stelle ein junges Mädchen, wahrscheinlich von denselben Burschen überfallen. Erst die des Weges gehenden Passanten haben die Burschen verscheucht.

Siebenprozentige Verzinsung. Die städtische Sparkasse in Myslowitz wird künftighin die Spareinlagen mit 7 Prozent verzinsen

---

Börsenkurse vom 28. 10. 1927
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8 92 zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	46.83 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.30 zł
	1 Dollar		=	8.92 zł
	100 zł		=	46.83 Rmk.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Wird Ruda Stadt? Wie in den Kreisen der Rudaer Gemeindevertreter verlautet, sind bei den maßgeblichen Stellen Schritte im Gange, die auf die Verleihung des Stadtrechtes an die Gemeinde Ruda abzielen. Ruda war früher bereits der Hauptort in dem Kreise Ruda. Es ist wahrscheinlich, daß die maßgebenden Behörden dem Antrage der Rudaer stattgeben werden.

Schlesiengrube. (Bergarbeiterverband). Am 22. d. Mts. ist auf der Grube „Mathilde-Ost" unser Kamerad Sommerling schwer verunglückt und am 24. d. Mts., infolge der Verletzungen im Krankenhaus gestorben. Die Beerdigung findet wahrscheinlich am Sonntag, den 30. d. Mts., statt. Die nähere Auskunft über die Zeit des letzten Ganges erteilt unsere Ortsverwaltung in Schlesiengrube Konrad Orzol, Beuthenerstraße 15. Die Kameraden werden gebeten, dem zu Tode verunglückten Kameraden das letzte Geleit zu erweisen

---

Rybnik und Umgebung

Ein vielversprechendes Früchtel. Der erst 16 Jahre alte Josef Mainka aus Rybnik begegnete auf der Seibersdorfer-Chaussee die 23 Jahre alte Ehefrau Bycek. Er überfiel die Frau und versuchte sie zu vergewaltigen. Auch entriß er ihr die Handtasche, in der sich ein kleiner Geldbetrag befand. Der junge Unhold konnte bald verhaftet werden. Vor der Rybniker Strafkammer gab er an, daß er nicht gewußt habe, der Ueberfall sei strafbar. Das Gericht verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

Sportliches

Sport am Sonntag.

Ruch-Bismarckhütte — Warta-Posen

Langsam neigen sich die Landesligaspiele dem Ende zu. Am Sonntag, den 30. d. Mts., nachm. 3 Uhr begegnen sich auf dem 1. F. C.-Platz obige Gegner im vorletzten Meisterspiel. Warta, als Klassenmannschaft ist noch vom letzten Spiel gegen den 1. F. C. bekannt. Ruch wird sich zusammennehmen müssen, um ehrenvoll abzuschneiden. In Posen gelang es den Ruchianern Warta zu schlagen, ob es ihnen auch hier gelingen wird, ist eine Frage.

Pogon-Kattowitz — Zalenze 06.

Dieses Spiel wird entscheiden, wer oberschlesischer Meister der A-Klasse wird. Zalenze 06 ist immer noch Spitzenkandidat in der Spieltabelle und Pogon wird es große Mühe und Energie kosten, um einen Sieg gegen Zalenze zu erringen. Und es wird sich zeigen, ob die durch den Trainer Rauchmaul den Pogonern beigebrachte Technik oder der zähe Kampfgeist von Zalenze 06 als Sieger triumphieren wird. Das Spiel steigt Sonntag, den 30. Oktober um ½3 Uhr nachm. am Pogon-Platz. Vorher spielen die Reserven beider Vereine.

Das erste Kunstwetturnen in Kattowitz.

Wie wir bereits vor einigen Tagen meldeten, veranstaltet der Turnverein Vorwärts-Kattowitz aus Anlaß seines 45jährigen Bestehens am Sonntag, den 30. d. Mts. nachm. 3 Uhr, in der Reichshalle einen Kunstturnwettkampf zwischen einer ostoberschl. Repräsentativmannschaft und dem bekannten Turnverein Frisch-Frei-Beuthen. Diese Veranstaltung, verspricht ihrem sportlichen Werte nach die größte turnerische Sensation der ganzen Saison zu werden.

Eingeleitet wird dieses Fest durch einen Festabend am Sonnabend, den 29. d. Mts., abends 8 Uhr, und beschlossen durch einen Festball am Sonntag, abends 8 Uhr, beide Male in der Reichshalle.

Die polnische Schwergewichtsmeisterschaft in Myslowitz.

Nach langen und schwierigen Verhandlungen ist es den beiden Myslowitzer Boxsportvereinen, dem K. S. 06 und K. S. 09 gelungen, die polnische Schwergewichtsmeisterschaft in ihrer Heimatstadt auszutragen. Der polnische Boxverband hat zu diesem Plan seine Einwilligung erteilt, und es steht nichts mehr im Wege, um diese sensationelle Veranstaltung nun endlich steigen zu lassen. Bis jetzt haben sich für diese Kämpfe der oberschlesische Schwergewichtsmeister Wotyka 06-Myslowitz und der Krakauer Meister Stibbe (Krakowia) gemeldet. Zwischen diesen beiden dürfte letzten Endes auch die Entscheidung zu suchen sein. Zwar gelang es dem Krakauer, Wotyka eine schwere Niederlage beizubringen, jedoch hat sich dieser in der letzten Zeit einem schweren Training unterzogen und es besteht kein Zweifel, daß er zu diesem wichtigen Kampf wieder in seiner Hochform antreten wird. Jedenfalls wird es am Sonntag, den 30. d. Mts., in Myslowitz einen mit Spannung erwarteten Kampf geben, der seine Anziehungskraft auf das Publikum nicht verfehlen dürfte.

Außer diesem wichtigen Kampf haben die Veranstalter ein sportlich sehr hochwertiges Rahmenprogramm zusammengestellt, das ebenfalls in allen Teilen Oberschlesiens großes Interesse erregen dürfte.

Es kämpfen wie folgt:

Fliegengewicht: Orzegowski 09-Myslowitz — Moczko Sokol-Kattowitz, poln. Meister; Kruppa 09-Myslowitz — Wilczek 06-Myslowitz.

Bantamgewicht: Pieskowik 09-Myslowitz — Tetzel Orzel-Josefsdorf.

Federgewicht: Mularczyk 06-Myslowitz — Drzymballa Boxing-Königshütte.

Leichtgewicht: Wende 09-Myslowitz — Kulessa 06-Myslowitz, Krautwurst 09-Myslowitz — Schuppka 06-Myslowitz.

Mittelgewicht: Sierzecki 09-Myslowitz — Czerwien 09-Myslowitz, Orzegowski I 09-Myslowitz — Jokiel Boxing-Krol.-Huta, oberschl. Meister.

Wie schon oben gesagt, findet die Veranstaltung am 30. d. Mts., in Myslowitz im Hotel „Polonia" statt. Die Eintrittspreise sind nicht erhöht. Als Ringrichter wird der Vorsitzende des poln. Boxverbandes, Kapitän Baron, fungieren.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Der Aufstieg der französischen sozialistischen Partei

Von Josef Diner-Denes, Paris.

Wir lesen in der „Chemnitzer Volksstimme“:

Innerer Kampf, innere Zerrissenheit, unterbrochen von heldenhaften revolutionären Ausbrüchen, denen eine lange Zeit der Erstarrung folgte: das war die Geschichte des französischen Proletariats seit mehr denn hundert Jahren.

Für uns alle war und ist Marx Weg und Ziel aller Proletarierbewegung. Wie ganz anders aber ist dies hier gewesen und ist es zum Teil auch heute noch!

Als nach dem verlorenen Kriege 1871 in Paris die Herrschaft der Kommune aufgerichtet wurde, erschien Frankreich als der beste Nährboden des Marxismus, als das gelobte Land der 1. Internationale. Doch der schauerliche Aderlaß, den die siegreiche Bourgeoisie am französischen Proletariat vornahm, indem sie Zehntausende von proletarischen Rebellen an der berühmten Mauer der Konföderierten erschießen und weitere Zehntausende in die französischen Zuchtanstalten werfen ließ, versenkten dieses Proletariat in einen fast todähnlichen Schlaf.

Warum ist Frankreich kein günstigerer Nährboden für den Marxismus gewesen, trotz dem von der großen Revolution ererbten revolutionären Geist?

Die Frage heischt Antwort. Keine historische Doktorfrage ist es. Auch heute noch hat sie Aktualität, auch heute noch gibt sie Weisung zum Verständnis der französischen Arbeiterbewegung und für ihre weitere Entwicklung.

Gar viele sehen eben in dem Geiste der französischen Revolution das eigentliche Hindernis für die Fortentwicklung des Marxismus in Frankreich. Das ist zum Teil wahr. Jene Revolution, die Frankreich zu einem kleinbürgerlichen Staate umschuf, hat hier auch einen ganz maßlosen Individualismus großgezüchtet. Sich einfügen in die Gemeinschaft, das Sonderinteresse hinopfern dem Gemeininteresse, Solidarität, das waren und sind vielfach auch heute noch den Franzosen fremde Gefühle.

Frankreich ist eben bis auf den heutigen Tag zum großen Teil das geblieben, was die bürgerliche Revolution aus ihm gemacht, ein Staat der Kleinbürger.

Wohl haben die Großbürger — Großindustrie und Hochfinanz — gar oft versucht, sich diesen Staat untertan zu machen. Doch gelungen ist es ihnen bisher nie. Und weil in diesen Kämpfen das Proletariat, seinem historischen Berufe treu, dem Kleinbürgertum Hilfe leistete, wurde auch ein ganz eigentümliches Band um die beiden einander sonst so gegensätzlichen Klassen Proletariat und Kleinbürgertum geschlungen.

Verhinderte dieses Band das Proletariat an der vollen Entwicklung seines Klassenbewußtseins und damit an der vollen Entfaltung des Klassenkampfes, so verhinderte es andererseits auch das Kleinbürgertum, sich zum willenlosen Helfershelfer des Großbürgertums und seiner Reaktion machen zu lassen. Daher kommt es, daß noch immer verhältnismäßig wenige Proletarier in ihre Klassenpartei fest und sicher eingereiht sind, während verhältnismäßig viele Kleinbürger in dieser Partei Zuflucht suchen.

Obwohl aber in Frankreich die geistige Tradition und die wirtschaftliche Struktur des Landes dem vollen Ausreifen des Marxismus hinderlich im Wege standen, ist es geradezu bewundernswert, und das glänzendste Zeugnis für die Werbekraft des Marxismus, daß er allmählich auch in Frankreich alle Hindernisse zu überwinden und das gesamte Proletariat in seinen Bannkreis zu ziehen verstanden hat.

*

Das neue Jahrhundert findet in Frankreich zwei Arbeiterparteien vor. Die unter Führung Guesdes stehende „Sozialistische Partei Frankreichs“ und die von Jaures geführte „Französische Sozialistische Partei“. Im Jahre 1905 vereinigen sich, dem Aufrufe der Internationale folgend, diese beiden Parteien zur „Französischen Sektion der Arbeiterinternationale“, die unter der Abkürzung SFIO. auch heute noch an der Spitze der französischen Arbeiterbewegung marschiert.

Aber die Erziehung der Massen zum Sozialismus und ihre feste und stramme Organisierung in die Partei, das blieben noch lange nur fromme Wünsche Einiger. Der kleinbürgerliche Radikalismus des französischen Proletariats hielt die schwierige und ermüdende Kleinarbeit der Erziehung zur Organisation für überflüssig. Ja vielfach begegnet man auch heute noch der Meinung, daß der französische Proletarier sich für die Organisierung nicht eigne, weil er zu tief durchtränkt sei vom Individualismus.

Daher kam es, daß die eigentlichen Kadres der sozialistischen Parteien meist sehr eng gezogen waren, und nur bei den Wahlen sich mächtig erweiterten. So umfaßte die Partei Jules Guesdes vor der Vereinigung nur 18 000 zahlende Mitglieder, brachte es aber bei den Wahlen doch auf 400 000 Stimmen und 14 Abgeordnete, während die von Jaures geführte Gruppe gar nur 10 000 zahlende Mitglieder hatte, es aber auf 38 Abgeordnete brachte.

Nach der Einigung stieg die Mitgliederzahl von 34 688 im Jahre 1905 bis auf 90 725 bei Kriegsausbruch, und dementsprechend stiegen auch die Wahlziffern. 1906 erhielt die Partei 878 000 Stimmen und 52 Abgeordnete, 1910 schon 1 106 000 Stimmen und 76 Abgeordnete und 1914 sogar 1 400 000 Stimmen und 103 Mandate. Und es stieg auch der Einfluß der Sozialistischen Partei in den Gemeinden, von denen viele erobert wurden, aber von einer festen Organisation der Partei und einer straffen Parteidisziplin war zu jener Zeit noch keine Rede.

Ein großes Hindernis für die gesunde Entwicklung der Arbeiterbewegung war auch das ganz eigentümliche Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei. Die Gewerkschaften, ganz auf anarchistisch-syndikalistischer Basis erbaut, nahmen fast durchgängig eine fast feindliche Stellung zur Partei ein. Sie verdammten alle Politik und mit ihr den Parlamentarismus und bauten alle ihre Hoffnungen auf die direkte Aktion, auf dem Generalstreik auf.

*

Die Massenkriegspsychose von 1914 übte, wie überall, auch in den Hirnen des französischen Proletariats ihre vergiftende Wirkung aus. Doch sehr rasch, noch während des Krieges, erhob das Proletariat neuerlich sein Haupt.

Der Krieg hatte die Struktur der Arbeiterschaft stark geändert. Der größte Teil der Mitglieder der Partei und der Gewerkschaften mußte einrücken. Die Friedensindustrien gingen stark zurück; die Kriegsindustrien entwickelten sich übermäßig. Sie ziehen massenweise junge Arbeiter und Frauen an sich. Die Mitgliederzahlen von Gewerkschaften und Partei fielen. Ende 1915 zählt die Partei nur noch 24 638 Mitglieder. Aber die zunehmende Teuerung und die politische Unterdrückung nähren den Geist der Opposition gegen die „Geheiligte Union“.

Noch ehe der Krieg sein Ende gefunden, erfüllten neuer revolutionärer Geist, neuer Kampfesmut das Proletariat. Rasch wächst die Sozialistische Partei zur stolzen Höhe von 180 000 Mitgliedern und in ihr wächst der Geist des Klassenkampfes.

Gleichzeitig beginnt aber auch die verderbliche Agitation der **Bolschewiken. Auf dem Kongreß in Tours im Dezember 1920** erfolgt die Spaltung. Von 4731 Stimmberechtigten sprachen sich 3252 für Moskau und nur 1082 gegen Moskau aus, während 397 sich der Stimme enthielten.

Die herrlich emporgewachsene Organisation schien zerstört und das französische Proletariat rettungslos dem Bolschewismus verfallen, und damit die ganze französische Arbeiterbewegung dem Untergange geweiht.

Das kleine Häufchen der Zurückgebliebenen mit etwa 30 000 Mitgliedern verlor aber nicht den Mut. Da das Zentralorgan der Partei, die von Jaures gegründete „Humanitee, zu den Bolschewiken übergegangen war, schufen sie sich im „Populaire“ rasch ein eigenes Organ und begannen mutig den Kampf von neuem.

Und mit Erfolg. Man begann zu arbeiten, zu organisieren. Schon 1924 zählte die Sozialistische Partei wieder 70 000 zahlende Mitglieder, und die Parlamentswahlen im Mai jenes Jahres brachten unserer Partei 103 Mandate.

*

Nun begann ein scharfer innerer Kampf zwischen den Reformisten, die die Teilnahme an der Regierung fordern, und jenen, die sie ablehnen. Kongreß folgt auf Kongreß. Jedesmal aber unterliegen die Reformisten, und die Zahl ihrer Anhänger wird immer kleiner. Gar oft ist die Disziplin, besonders innerhalb der Parlamentsfraktion, bedroht. Aber immer siegt die Einigkeit, und damit wird die Parteidisziplin gekräftigt, besonders nachdem an einem alten und verdienstvollen Mitglied, dem Abgeordneten Alexander Varenne, der aber ohne Zustimmung der Partei die Gouverneurstelle von Indochina übernommen hatte, durch Ausschluß ein Exempel statuiert worden war.

In der Zwischenzeit wächst die Zahl der Mitglieder, die nun schon 110 000 beträgt, und in den großen Industriezentren entwickeln sich mächtige und straffe Organisationen. Einzig Paris selbst leistet dem Vormarsche der Sozialistischen Partei noch Widerstand.

Von inneren Kämpfen zerrissen, geschwächt durch Austritte und Ausschließungen, hält doch die Kommunistische Partei, zurückgegangen bis auf etwa 30 000 Mitglieder, noch immer mit ihrer Demagogie die Proletarier von Paris und seinen Vororten zum größten Teile in ihrem Banne. Allerdings macht auch hier die Sozialistische Partei unzweifelhafte Fortschritte, wie das die letzten Gemeinderatswahlen bewiesen; doch bleibt Paris noch für unsere Partei zu erobern.

Aber seit langem schon ist Paris nicht mehr Frankreich; die eigentliche Macht ist auf die Provinz übergegangen. Dort aber ist unsere Macht im steten Wachstum. Schon haben wir in 832 Gemeinden, darunter in allen großen Provinzstädten, in Lyon, Marseille, Bordeaux, Toulouse, Lille, Roubaix, Brest, Limoges, Grenoble usw. die Stadtverwaltung in Händen. Die Zahl der sozialistischen Stadtverordneten ist von 4689 bei den jüngsten Kommunalwahlen auf 10 167 gestiegen.

Gleichzeitig mit diesem äußerlichen Wachstum wächst aber auch die innere Einheit und damit die Kraft der Partei. Mehr und mehr wird der Klassenkampf die Grundlage und der Inhalt der sozialistischen Politik. In Paris hat sich unter Führung von Bracke und Zyromski in der „Bataille Socialiste“ ein Zentrum für marxistische Studien und marxistische Propaganda gebildet, das Tag um Tag neue Anhänger in der Provinz gewinnt. Die Widerstände gegen eine Annäherung von Partei und Gewerkschaften sind im Schwinden.

Die Reaktion, die bisher den braven Bürger nur mit dem Bolschewikenschreck geängstigt hat, läßt nun vor ihm das Gespenst einer demnächstigen Sozialistenregierung aufsteigen.

Aber bis tief in die Kreise des Klein- und Mittelbürgertums hinein erwartet man sie, ja erhofft sie als Erlösung von der schwer lastenden Herrschaft der Banken und der Schwerindustrie.

Die Bürgerlich-Radikalen, die jetzt Poincaree unterstützen, kennen diese Stimmung des Landes. Sie wagen es zwar nicht, Poincaree im Stich zu lassen, weil sie fürchten, daß dann die Großfinanz wieder den Franken ins Wanken bringen wird, aber gleichzeitig werben sie ununterbrochen um die Wahlhilfe der Sozialisten. Heute noch in der Opposition, spricht alles dafür, daß bei den Wahlen im Mai 1928 die Sozialistische Partei zum ausschlaggebenden Faktor der französischen Politik werden wird. Neue Probleme werden ihr dann erwachsen. Aber wir können sicher sein, daß sie nur im Geiste des Marxismus und im Dienste des europäischen Friedens gelöst werden.

Ist es in anderen Ländern, vor allem in Deutschland, ähnlich bestellt wie in Frankreich, dann kann das Jahr 1928 die endliche Ueberwindung der Reaktion bringen und ein neues Emporsteigen des Sozialismus in ganz Europa.

Trotzki

Von Dr. Erwin Honig.

> Jeder Revolutionär trägt das Siegel Robespierres an der Stirne.
> Leo Tolstoi.

Vor zwei Monaten hat man Trotzki aus der Exekutive des Komintern ausgeschlossen, heute wird sein Ausschluß aus dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Sowjetunion bekannt, und mit ihm teilt Sinowjew dieses Schicksal. Man hat mit dieser Maßregelung schon lange gerechnet, man dachte aber, daß man die alten Führer aus den Novembertagen von 1917 noch bis zum zehnten Jahrestage der Revolution am 7. November pardonnieren werde. Ein Schritt zieht den anderen nach sich, noch sind Trotzki und Sinowjew Mitglieder der Partei; aber der im Dezember kommende Parteitag wird, wenn nicht eine völlig überraschende Wendung eintreten sollte, über jetzt bereits vorliegende Anträge abzustimmen haben, die Genossen Trotzki und Sinowjew auszustoßen.

Das Wunderbare wird nicht eintreten. Im Gegenteil, Trotzki scheint entschlossen, den Kampf bis zum Aeußersten weiterzutreiben und die Hand zum Kompromiß, die ihm sicher mehr als einmal entgegengestreckt wurde, auszuschlagen. Man hat es in den Führern der russischen Revolution mit Menschen zu tun, die seelisch anders geartet sind, als die Politiker der europäischen Staaten. Was soll ein Trotzki in der heutigen Lage schrecken? Ist es nicht schon genug, daß er, der einstige Heros der Revolution, und Sinowjew, der getreueste Schildknappe Lenins im Exil, am großen Feiertag verfemt abseits stehen werden, während frühere Menschewisten, wie Martynow, die damals auf der Proskriptionsliste standen, heute das theoretische Rüstzeug zur Bekämpfung der Opposition liefern. Wenn nun ein Trotzki soweit gemaßregelt würde, daß man ihn, wie jetzt schon Oppositionelle minderen Grades, in die Verbannung schickt, so ist es dasselbe Schicksal, das er sehr gut aus dem Jahre 1905 kennt, wo man dem Vorsitzenden des ersten Petersburger Arbeiterrats, das Urteil auf Zwangsverschickung sprach.

Dieses Schicksal ist ein gewolltes. In den Auseinandersetzungen zwischen Parteimehrheit und Opposition in Moskau spielen die Vorbilder der großen französischen Revolution eine ständige Rolle. Der „Thermidor“, der Sturz Robespierre und die Errichtung des Direktoriums, ist das Warnungswort, das der Trotzki-Kreis gegen die „Diktatur Stalin“ im Munde führt. Die Mehrheit wiederum bezeichnet die Opposition als „Hebertisten“, denen selbst Robespierre zu wenig radikal war, die durch überradikale Losungen die Massen in eine verderbliche Politik hineinhetzen wollten, bis ihnen die Guillotine ein Ende bereitete.

Der Radikalismus Trotzkis und seiner Anhänger ist ein verschleiertes Bild. Man weiß ja in Berlin, wo man die „Dokumente der russischen Opposition“ für ein paar Pfennige kaufen kann, mehr davon als in Moskau, wo sie nicht mit Tscherwonzen aufzuwiegen sind. Für Trotzki spricht der Erfolg. In der chinesischen Bewegung, wie im englischen Streik hat die Politik Stalins schlecht abgeschnitten. Nach der zu Wasser gewordenen kommunistischen Erhebung in Deutschland im Inflationsjahr 1923 — die dritte große Niederlage der Weltrevolution. Immer war Trotzki für ein revolutionäres, aktives Eingreifen im Ausland, immer war Stalin, mit seinen Ratgebern, dem Theoretiker Bucharin und dem praktischen Gewerkschaftsarbeiter Tomski, für ein Abbremsen des revolutionären Elans. Es hat sich innerhalb des Moskauer Kommunismus der historisch bewährte Gegensatz entwickelt, den man mutatis mutandis schon in der deutschen Sozialdemokratie studieren konnte, zwischen Revolutionisten und Evolutionisten. Die Evolutionisten, oder wie sie in Moskau heißen, die Leute der „Stadin“ oder „Stufen“, erklären immer, daß das jeweilige Stadium noch nicht für die Erfüllung des Ideals reif sei. Natürlich wirken praktische politische Ziele mit. Natürlich wollte die Sowjetunion nicht in China einen Zustand schaffen, der zu einer allgemeinen Intervention geführt hätte, und in der englischen Arbeiterbewegung hat Tomski sogar daran gedacht, den „Profintern“, die Rote Gewerkschaftsinternationale, durch einen Ueberbau über die linken Gewerkschaftsgruppen der verschiedenen Länder zu ersetzen.

Entscheidender ist gewiß, was die Opposition für Sowjetrußland will, hier herrscht aber noch das stärkste Dunkel über ihrem Ziele. Umrißweise läßt sich erkennen, wie Trotzki das Grundproblem Rußlands, das Verhältnis zwischen Arbeitern und Bauern auffaßt. Im Gegensatz zu Stalin sieht er in einer bauernfördernden Politik die Verwässerung der Revolution. Der Kern des Staatsgedankens der Sowjets ist aber die Absperrung der Bauernmassen vom Ausland und das staatliche Wirtschaftsmonopol mit künstlicher Industrialisierung. Trotzki will, soweit sich erkennen läßt, auf diese Absperrung Rußlands verzichten, um das ausländische Kapital hereinzulassen, um die Bauernmassen mit ausländischen Produkten zu versorgen, während die Arbeiterbewegung als selbständiger, revolutionärer Organismus erhalten werden soll. Mit dieser Revolutionstruppe soll im geeigneten Augenblick die Flamme nach dem Westen vorgetragen werden.

Die Anhängerschaft Trotzkis rekrutiert sich aus der unzufriedenen Arbeiterschaft, die sich gerade durch die Stalinsche Bauernpolitik zurückgesetzt fühlt, wie aus der ideal veranlagten russischen Intelligenz, besonders der Jugend. Für sie ist Trotzki der Revolutionär. Und das Schicksal, das ihm seine Feinde zu bereiten denken, wird diesen ideellen Einfluß nur stärken. Es ist einstweilen noch kein Anhaltspunkt für die realen Möglichkeiten einer neuen Parteigründung in Sowjetrußland vorhanden. Die geistigen Vorbedingungen sind im Werden, vielleicht sind sie schon geschaffen. Die Moskauer Machthaber lachen höhnisch, wenn vom rollenden Rubel die Rede ist; die geistige Wirkung ihrer Ideen sei viel wichtiger. Sie scheinen dieses Prinzip im eigenen Lande vergessen zu haben.

Ordnung in Mexiko!

Die Regierung Calles ist heute wieder vollkommen Herr der Lage. Wer ihren Truppen entronnen ist, vermag den Lauf der Dinge nicht mehr zu ändern. Das trifft auch auf **Gomez** zu. Dieser selbst ist nebst seinen Anhängern davon überzeugt, daß die Aktion völlig verspielt ist, und falls er dem Kriegsgericht aus dem Wege gehen sollte, dürfte ihm nichts anderes übrig bleiben, als den Weg aller Feinde der mexikanischen Regierung zu gehen und das Asylrecht der Vereinigten Staaten in Anspruch zu nehmen. Vorläufig hält er sich noch irgendwo verborgen, um hier und dort mit kleineren Scharen wieder aufzutauchen. Die Regierung wird wahrscheinlich noch längere Zeit benötigen, um diese und ähnliche kleine Feuer zu löschen. Wo nun einmal Rebellen zu Hause sind, kommt es aber auf einen Trupp, und selbst auf einen von der Färbung des Generals Gomez, mehr oder weniger nicht an. Aber fest steht, daß die Präsidentschaft des Generals Gomez ein für allemal der Vergangenheit angehört.

Die Absicht der Verschwörer zu Beginn des Putsches war klar: durch den militärischen Aufstand in den einzelnen Staaten sollte die Zentralregierung strategisch in die Mitte genommen werden, d. h. man wollte sie hilfs- und widerstandslos machen. Den letzten Schlag sollten dann die Aufständischen in der Hauptstadt selbst führen. Nur hatten die Militärs vergessen, auch die veränderte geistige Einstellung des Mexiko von 1927 gegenüber militärischen Handstreichen, und die Zähigkeit des Präsidenten Calles in Rechnung zu stellen. So mußte es zu blutigen Auseinandersetzungen kommen, wenn die Regierung Herr der Lage werden wollte. Sie gab den regierungstreuen Truppen Anweisung, die aufständischen Truppen in Torreon unter allen Umständen anzugreifen. Das geschah und schon nach dreistündigem schwerem Kampfe wurde der Haupttrupp der sogenannten Revolutionäre entwaffnet. Wir wissen, daß dann das Standrecht schnelle und blutige Arbeit geleistet hat. Das mag den Europäer abschrecken. Aber hier ging es hart auf hart. Und man wußte, daß auf der Putschistenseite Männer standen, die ihrerseits erst recht nicht vor Gewalttaten zurückschreckten. So war das Vorgehen der Regierung nur ein Akt der Selbsterhaltung.

Und was hätte sich ergeben, wenn die Aufrührer die Oberhand gewonnen hätten? Die Furcht der Generäle Gomez und Serrano, ihr Spiel bei den kommenden Wahlen gegen die überlegene Persönlichkeit Obregons zu verlieren, war der Anlaß zu dem verzweifelten und sinnlosen Putsch. Bei einem Siege dieser Elemente wäre der nächste Schritt die Selbstzerfleischung der Führer untereinander gewesen und Mexikos Massen hätten mit Gut und Blut das militärische Spiel bezahlen müssen. Vielleicht ist auch die Frage nach der Herkunft der Gelder, die zu dem mißglückten Aufstand gebracht wurden, nicht ganz müßig.

So manche Anzeichen weisen auf das in Mexiko arbeitende internationale Kapital hin, das sich nur mißvergnügt mit der Stärke der Callesregierung abfindet. Aber wenn die Absicht dieser Kreise war, das Callesregime zu schwächen und seine Stabilität durch den Aufstand zu unterhöhlen, so hat man sich gründlich getäuscht. Calles ist der unumschränkte Herr der Stunde. Das fürchterliche Gewitter hat die Atmosphäre, die seit Wochen über ganz Mexiko lag, und unter der Handel und Wandel litt, gereinigt.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 29. Oktober 1927. 15.45—16.30: Stunde mit Büchern. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18: Hans Bredow-Schule: Abt. Kulturgeschichte. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule: Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19—19.30: Hans Bredow-Schule: Abt. Kulturgeschichte. — 19.30—20: Hans Bredow-Schule: Abt. Sprachkurse: „Englisch für Fortgeschrittene". — 20.15: „Das Ekel". — 22.15 bis 24: Tanzmusik der Funkapelle.

Warschau — Welle 1111.

Sonnabend. 12: Wie vor. 16: Vorträge. 17,05: Zeitschriftenschau. 17,45: Kinderstunde. 18,45: Konzert. 19,35: Radiotechnik. 20,30: Abendkonzert. 22: Zeitsignal, Berichte. 22,30: Tanzmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Sonnabend. 11: Vormittagsmusik. 16: Nachmittagskonzert. 17,30: Die Wiener Operette. 18: Innere Stadt und Währing. 19: Monatsbericht über die Arbeitspläne der Wiener Volksbildungsanstalten. 19,45: „Eine Wohnung ist zu vermieten in der Stadt". Tanz-Konzert.

Bern, Welle 411 — Basel, Welle 1100.

Sonnabend. 16: Orchester. 16.30: Kinderstunde. 19.30: Tessiner Abend. 19.45: Vortäge des Mandolinenorchesters. 21.20: Abendmusik.

Mailand — Welle 315,8.

Sonnabend. 17: Wie Dienstag. 20.45: Zeitzeichen. Banfi, Radiotechnischer Vortrag. 21: „Lucia di Lammermoor". Stefani-Nachrichten. Anderes Programm: Wie Montag.

Rom — Welle 450.

Sonnabend. 17,15: Wie Dienstag. 20,30: Uebertragung aus einem Theater. In Pausen: Rezitationen. Letzte Mitteilungen. Anderes Programm: Wie Montag.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Nikolai. Am Mittwoch, den 2. November, findet der zweite Vortrag des B. f. A. statt. Thema: „Geschichte der Ehe". Referent Gen. Dr. Bloch. Zu diesem Vortrag wäre seitens der Frauen ein zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Versammlungskalender

Siemianowitz. (Arbeiter-Gesangverein „Freiheit".) Der Vorstand gibt bekannt, daß die nächste Gesangsstunde am Freitag den 28. Oktober, stattfindet. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht!

Myslowitz. D. S. A. P. und Bergarbeiter. Monatsversammlung am 6. November, 10 Uhr vormittags, bei Kraszyk. Referent: Gen. Kowoll über: Wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht aller Genossen.

Königshütte. Maschinisten und Heizer. Am Sonntag, den 30. Oktober, vorm. ½10 Uhr, findet im Volkshaus Königshütte unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Referent zur Stelle.

Königshütte. Bergarbeiter. Am 1. November, vorm. 10 Uhr, findet im Volkshaus in Königshütte die fällige Monatsversammlung der Zahlstelle Chorzow, Hohenlinde und Königshütte statt, zu welcher die Kameraden hiermit eingeladen werden. Referent: Sejmabgeordneter Gen. Kowoll.

Lipine. Bergarbeiter. Für die Zahlstellen Lipine, Orzegow, Schlesiengrube und Charlottenhof findet am 6. November, vorm. 9½ Uhr, im Vereinszimmer bei Morawietz, die fällige Monatsversammlung statt. Die Mitgliedschaft wird gebeten, vollzählig zu erscheinen. Referenten Sejmabgeordneter Kowoll und Kamerad Nietsch.

Nikolai. Metallarbeiter. Am Dienstag, 1. November, vorm. 10 Uhr, findet im Vereinslokal (Ciossek) Ring, eine Mitgliederversammlung statt. Es ist Ehrenpflicht, vollzählig zu erscheinen. Referent zur Stelle.

Nikolai. Bergarbeiter. Am 30. Oktober, nachm. 3 Uhr, findet bei Ciossek die fällige Monatsversammlung der Zahlstelle Nikolai statt. Die Mitglieder werden gebeten, vollzählig zu erscheinen. Referent: Kam. Ritzmann.

Nikolai. Achtung, Freie Sänger! Die nächste Uebungsstunde findet am Mittwoch, den 2. November, abends 8 Uhr, statt. Es wird dringend ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Vermischte Nachrichten

Kunst und Kritik.

Die Norweger haben diese frische herzhafte Art. Als neulich nach einem Konzert in Oslo der Komponist im Foyer mit seinem Kritiker zusammentrat, zogen sie beide begeistert die Röcke aus. Das Publikum, sportlich enthusiasmiert, drängte sich wie eine Mauer, um die interessante ästhetische Auseinandersetzung in Hemdsärmeln mit anzusehen, und sachverständige Notierungen der Menge wie „Kinnhaken rechts" zeigen denn auch, daß dieser Kunstkampf in dem Elan seiner Argumentation hoch über dem senilen musikästhetischen Geschwätz akademischer Diskussionen gestanden haben muß. — Natürlich geschieht es auch in anderen Ländern, daß gelegentlich ein Kritiker von dem verrissenen Künstler geohrfeigt wird. Aber was denn? Dann schreit der Kritiker furchtbar, und in den Zeitungen kämpft man weiter und sucht Zeugen und läuft zum Kadi, und das Gericht soll feststellen und bescheinigen, daß es der andere war, der — angefangen. Auch in Oslo gab es Geschrei hinterher, und der Kritiker, durch die öffentliche Darstellung des Gegners gezwungen, suchte Zeugen und lief zum Gericht. Doch zu welchem Zweck? Damit es einwandfrei, endgültig und öffentlich feststelle, daß nicht er, der Kritiker, sondern der Komponist es war, der — der die meisten Prügel bezogen. Was durch die Kampfaufzeichnungen der musikfreudigen Zeugen, wie „Kinnhaken rechts" und so, denn auch leicht dokumentiert werden konnte.

Natürlich ist die Prügelei an sich eine rohe und primitive Art der Kunstdiskussion. Aber wenn, wenn, ich meine, wenn man nun mal, gezwungen, als Abwehr, zu dieser Form ästhetischer Eröterung greifen muß, dann doch nach den herzhaft unverbogenen Rechtsbegriffen, wie sie der Feststellungsklage des Kritikers beim Osloer Gericht zugrunde liegen.

Kongreßorden.

Im September tagten hier zwei Kongresse, ein sehr irdischer für die Baumeister aller Welt und der um so luftigere des Weltpostvereins. Sie haben eigentlich nichts miteinander gemein, und doch glichen sie sich in vielem. Dieselbe Vielvölkigkeit und als Bindemittel ein silbernes Plättlein im Knopfloch. Dieses Kongreßabzeichen wurde getragen wie ein Orden, mit ebensoviel Stolz wie Unterabteilungen. Allerhand bunte Bändchen quollen unter der Plakette hervor und bezeugten dem Besitzer irgendein besonderes Verdienst.

Besonders interessant wirkte der Kongreßorden in der Verbindunng mit Kriegsabzeichen. Tatsächlich sah ich einen — vermutlich einen Deutschen — der das Alisilbertäfelchen neben dem Bande des Eisernen Kreuzes trug. Man soll aber nicht glauben, daß das allein deutsche Art sei, denn in anderen Ländern, vor allem in Belgien, ist der Mann mit vielen Bändern im Knopfloch eine übliche Straßenerscheinung.

Bei uns sind die Orden ja abgeschafft. Aber auch ich habe von der Republick, oder doch wenigstens in der Zeit ihres Bestehens, einen richtigen Orden bekommen. Ein General verlieh ihn mir mit Wissen des Auswärtigen Amtes für meine besonderen Verdienste um die — leider mißglückte — Befreiung Oberschlesiens. Sie bestanden darin, daß ich Artikel einiger Oberlehrer in lesbares Deutsch brachte, was nicht hinderte, daß Provinzzeitungen, denen man sie schenkte, das Zeug abdruckten

Der Orden aber, den ich bekam, war nur zweiter Klasse und ich sollte mir ihn selber kaufen Beides mißfiel mir, zumal in der Inflationszeit, — darum weiß ich noch heute nicht, wie mein schlesischer Roter Adlerorden aussieht. Darf ich bescheiden hinzufügen, daß ich früher schon für einen Depeschenritt durch Albanien das E. K. II. erhielt? Aber ich würde nur einen Orden tragen, der für besondere Verdienste um den Frieden verliehen wird. Vielleicht ersucht das Reichswehrministerium den Reichskunstwart um einen Entwurf?

Das Rätsel vom goldenen Kopf.

Vor einiger Zeit starb auf seinem Landgute St. Marzello in der Nähe von Mantua ein Mann namens Hanibale Tosci, der auf merkwürdige Weise zu seinem Reichtum gekommen war. An der Heerstraße von Neapel in der Nähe der Abtei St. Vito wurde am Anfang des 19. Jahrhunderts eine steinerne Säule errichtet, auf deren Westseite in französischer Schrache folgende Worte standen: „Am 1. Mai jeden Jahres, morgens um 6 Uhr, habe ich einen goldenen Kopf." Der 1. Mai des folgenden Jahres erschien und mit ihm eine Menge Menschen von nah und fern, um die Säule zu besichtigen, die aber nebst ihrem Kopfe so unverändert blieb, wie sie war. Auch in den nächsten Jahren strömten an dem bezeichneten Tage unzählige Neugierige und Goldgierige herbei, um das in Aussicht gestellte Wunder zu sehen. Aber auch sie waren die Genarrten. Man begriff endlich, daß der Sinn der Worte ein anderer sein müsse, und erging sich in Mutmaßungen, forschte nach und grübelte, aber ohne jeden Erfolg. Man grub sogar die Säule aus in der Hoffnung, einen Schatz darunter zu finden, aber auch diese Erwartung erwies sich als trügerisch, und der rätselhafte Obelisk wurde wieder aufgestellt. Schließlich nahm man an, daß hier eine Mystifikation vorliege, oder daß sich ein Spaßvogel mit der Nachwelt einen Scherz erlaubt habe und kümmerte sich nicht mehr um die Säule.

Im Jahre 1841 wanderte eines Tages ein italienischer Lazzaroni die Straße entlang, stieß auf die seltsame Säule, las die Inschrift und stutzte. Es war ihm plötzlich, als hätte er den Sinn der Inschrift erraten. Er fand sich am 1. Mai des kommenden Jahres wieder an der Stelle ein — kein Mensch kümmerte sich mehr um die Inschrift —, und gerade an der Stelle, wo der Kopf des Obelisken einen Schatten warf, grub er nach und — fand einen Tournister mit 80 000 Franken. Der Mann mit dem klugen Kopf, der das Rätsel vom goldenen Kopf gelöst hatte, legte sein Geld in dem Landgute St. Marzello an, das er bis an sein Lebensende besaß. Er starb im Alter von 94 Jahren.